



Zukunft bauen.

ÖSTERREICHS ZUKUNFT NACHHALTIG GESTALTEN.

Nachhaltigkeitsbarometer 2013

Headline-Indikatoren

Auf dem Weg zu einem Nachhaltigen Österreich




lebensministerium.at

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIN
FÜR FRAUEN UND ÖFFENTLICHEN DIENST



 Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten



Bundesministerium
für Verkehr,
Innovation und Technologie



Nachhaltig für Natur und Mensch / Sustainable for nature and mankind

Lebensqualität / Quality of life

Wir schaffen und sichern die Voraussetzungen für eine hohe Qualität des Lebens in Österreich. / *We create and assure the requirements for a high quality of life in Austria.*

Lebensgrundlagen / Bases of life

Wir stehen für vorsorgende Erhaltung und verantwortungsvolle Nutzung der Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Luft, Energie und biologische Vielfalt. / *We stand for a preventive conservation as well as responsible use of soil, water, air, energy and biodiversity.*

Lebensraum / Living environment

Wir setzen uns für eine umweltgerechte Entwicklung und den Schutz der Lebensräume in Stadt und Land ein. / *We support environmentally friendly development and the protection of living environments in urban and rural areas.*

Lebensmittel / Food

Wir sorgen für die nachhaltige Produktion insbesondere sicherer und hochwertiger Lebensmittel und nachwachsender Rohstoffe. / *We ensure sustainable production in particular of safe and high-quality food as well as renewable resources.*

Impressum

gemäß „Mediengesetz mit Novelle 2005“ BGBl.Nr. 314/1981 i.d.F. BGBl. I Nr. 49/2005.

Medieninhaber und Hersteller:
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft,
Stubenring 1, 1012 Wien, Österreich.

Verlags- und Herstellungsort:
Wien

Redaktion:

„Arbeitsgruppe Indikatoren“ des Komitees für ein Nachhaltiges Österreich in Abstimmung mit den NachhaltigkeitskoordinatorInnen der Länder.

Projektkoordination:

Mag.^a Ingeborg Fiala,
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung II/5,
Stubenring 1, 1012 Wien, ingeborg.fiala@lebensministerium.at

Grafische Gestaltung/Layout:

SIGMA TAU Stummvoll KG
1090 Wien, www.sigmatau.at

Gedruckt auf Umweltpapier mit Umweltfarben

Datenstand: Mitte April 2013

Copyright-Vermerk: © Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Außer zu kommerziellen Zwecken ist bei Quellenangabe ein Nachdruck gestattet.

Vorwort.....	5
Übersicht über Themenfelder und gewählte Headline-Indikatoren für das Monitoring Nachhaltiger Entwicklung.....	6
Trendbeurteilung	7
GE 1 Einkommensverteilung (oberstes/unterstes Quintil).....	8
IG 1 Höhe der Entwicklungshilfe	9
FH 1 Autoritarismusindex.....	10
FS 1 Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers	11
GP 1 Vertrauen der Österreicher/innen in Institutionen.....	12–13
GW 1 Lebenserwartung in guter Gesundheit	14
ER 1 Body-Mass-Index.....	15
WO 1 BIP pro Kopf	16
AR 1 Gesamtarbeitslosenquote, nach Alter, nach Geschlecht und nach höchster abgeschlossener Ausbildung	17–18
FZ 1a Vereinbarkeit von Beruf und Familie	19
WS 1 Kleinräumige soziale und funktionelle Durchmischung.....	20–21
MO 1 Zugang der Bevölkerung zu Mobilität (Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel)	22
KK 1 Kulturausgaben	23
BF 1 Bildungsstand der Jugendlichen (20-24).....	24
KL 1 Treibhausgasemissionen (nach Sektoren gegliedert).....	25–26
LU 1 Überschreitungen des Grenzwerts für PM10	27–28
ST 1 UV-Strahlungsintensität.....	29
ES 1 Energieverbrauch – Energieintensität – Erneuerbare Energien.....	30–31
ES 2 Materialeinsatz (DMC und DMI)	32
LA 1a Änderung der Flächennutzung (Wald, Grünland/Acker)	33–34
ÖK1 Vogelartengruppen und Orchideen als Zeiger für Lebensraumqualität	35–36
WA 1a Fließgewässer: Ökologischer und chemischer Zustand	37–39
WA 2 Grundwasserqualität.....	40–42
BO1a Anteil der versiegelten Fläche	43–44
TS 1a Verbrauch bestimmter Stoffe.....	45
LÄ 1 Lärmbelästigung	46

Auf dem Weg zu einem Nachhaltigen Österreich

Auf dem Weg zu einem Nachhaltigen Österreich müssen wir immer wieder auch Rückschau halten und erfassen, wo sich Österreich auf dem Weg nachhaltiger Entwicklung befindet. Nur so können wir in die richtige Richtung gehen. Denn Österreich hat sich das Ziel gesetzt, wirtschaftlichen Wohlstand und Lebensqualität für alle auf der Grundlage eines intakten Lebensraums sowie einer verantwortungsvollen Rolle Österreichs in Europa und der Welt zu erreichen. Dabei soll auch die Lebensqualität künftiger Generationen gesichert werden.



Foto: BMLFUW/Polsterer

Es ist wichtig, Maßnahmen zu setzen, die diesen Zielen Rechnung tragen. Das Lebensministerium tut dies: In den eigenen Bereichen setzt es konkrete Initiativen beispielsweise zur Stärkung einer nachhaltigen land- und forstwirtschaftlichen Produktion, für sauberes Wasser, reine Luft, zur Schonung von Ressourcen oder zur Förderung der Lebensqualität im ländlichen Raum.

Die laufende Beobachtung und Überprüfung der Entwicklung unterstützt zielgerichtetes Vorgehen. Die 26 in der Broschüre dargestellten Indikatoren geben einen Überblick. Indem sie regelmäßig dargestellt werden, zeigen sie die wichtigsten Trends, lassen Erfolge und bestehende Herausforderungen erkennen. Mit dem Bündel an Indikatoren ist sichergestellt, dass nicht nur die unmittelbar im Fokus stehenden Bereiche betrachtet werden, sondern dass der Blick geweitet wird.

Wohlstand und Lebensqualität umfassen zusätzlich zu wirtschaftlichen Aspekten auch Fragen der Sicherheit, der Gesundheit, des Zustands der Umwelt und Verteilungsfragen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet auch ein verantwortungsvolles Handeln in den Beziehungen Österreichs mit anderen Staaten und gegenüber künftigen Generationen.

Nur gemeinsam, indem wir die Auswirkungen auf diese Aspekte im Auge behalten, können wir dies erreichen. Jeder einzelne Beitrag zählt zu einem erfolgreichen Ganzen.

DI Niki Berlakovich,
Landwirtschafts- und Umweltminister

Übersicht über Themenfelder und gewählte Headline-Indikatoren für das Monitoring Nachhaltiger Entwicklung:

Themenfelder	Headline-Indikatoren
<i>Intra- und intergenerationale Gerechtigkeit</i>	GE 1 Einkommensverteilung (oberstes/unterstes Quintil)
<i>Internationale Gerechtigkeit</i>	IG 1 Höhe der Entwicklungshilfe
<i>Freiheit</i>	FH 1 Autoritarismusindex
<i>Frieden und Sicherheit</i>	FS 1 Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers
<i>Governance und Partizipation</i>	GP 1 Vertrauen der Österreicher/innen in Institutionen
<i>Gesundheit und Wohlbefinden</i>	GW 1 Lebenserwartung in guter Gesundheit
<i>Ernährung</i>	ER 1 Body-Mass-Index
<i>Wohlstand</i>	WO 1 BIP pro Kopf
<i>Arbeit</i>	AR 1 Gesamtarbeitslosenquote nach Alter, nach Geschlecht und nach höchster abgeschlossener Ausbildung
<i>Freizeit</i>	FZ 1 Zufriedenheit mit der Freizeitgestaltung FZ 1a Vereinbarkeit von Beruf und Familie
<i>Wohnen und Siedlungsraum</i>	WS 1 Kleinräumige soziale <i>und funktionelle</i> Durchmischung
<i>Mobilität</i>	MO 1 Zugang der Bevölkerung zu Mobilität
<i>Kultur und Kunst</i>	KK 1 Kulturausgaben
<i>Bildung und Forschung</i>	BF 1 Bildungsstand der Jugendlichen 20-24
<i>Klima</i>	KL 1 Treibhausgasemissionen
<i>Luft</i>	LU 1 Überschreitungen des Grenzwerts für PM10
<i>Strahlung</i>	ST 1 UV-Strahlungsintensität
<i>Energieflüsse und Stoffströme</i>	ES 1 Energieverbrauch, Energieintensität, Erneuerbare Energien
	ES 2 Materialeinsatz (DMC und DMI)
<i>Landschaft</i>	LA 1 <i>Landschaftsveränderung</i>
	LA 1a Änderung der Flächennutzung (Wald, Grünland/Acker)
<i>Ökosysteme</i>	ÖK 1 Vogelartengruppen und Orchideen als Zeiger für Lebensraumqualität

Themenfelder	Headline-Indikatoren
Wasser	WA 1 Qualität von Oberflächenwasser (Ökomorphologie) WA 1a Fließgewässer: Ökologischer und chemischer Zustand
	WA 2 Grundwasserqualität
Boden	BO 1 Bodenverbrauch BO 1a Anteil der versiegelten Fläche
Toxische und umwelt-gefährliche Stoffe	TS 1 Chemikalien-Index TS 1a Verbrauch bestimmter Stoffe
Lärm	LÄ 1 Lärmbelästigung

Kursivschreibung eines Indikatorenams:

als „benötigt“ qualifizierter Indikator, für den derzeit keine Daten oder nicht in zufrieden stellender Qualität zur Verfügung stehen, oder bedeutet, dass Definitionsprobleme bestehen.

„a“ nach der Nummer eines Indikators:

als „verfügbar“ qualifizierter Indikator, statt des „benötigten“ gewählt

Für eine umfassendere Beschreibung der beobachteten Entwicklung wurden 56 weitere Indikatoren ausgewählt. Auf der Seite <http://www.nachhaltigkeit.at/bewertung/MONE> und im Indikatoren-Bericht 2013 sind diese dargestellt.

Sie können ihn sowie auch diese Broschüre unter

http://www.lebensministerium.at/umwelt/nachhaltigkeit/monitoring_bewertung/Monitoring.html herunterladen.

Trendbeurteilung

Die Auswirkungen der 2008 ausgebrochenen Wirtschafts- und Finanzkrise sind zu erkennen. Ihre unmittelbaren Folgen sind überwunden, sie hat jedoch in vielen Bereichen das Wachstum gedämpft. Im Vergleich mit anderen Europäischen Staaten hat Österreich diese schwierige Phase gut bewältigt.

Bei vielen dem sozialen Bereich zuzurechnenden Themen ist eine günstige Entwicklung festzustellen: der Lebenserwartung in guter Gesundheit, im Bildungsbereich sowie der Ausgaben für Forschung.

In manchen Bereichen ist der positive Trend seit der Wirtschafts- und Finanzkrise abgeschwächt. Die Arbeitslosenquoten sind seit 2009 gesunken. Das BIP und die Kaufkraft im EU-Vergleich steigen seit 2009 an. Die Kaufkraft liegt in Österreich über dem EU-Durchschnitt. Das Einkommen der Haushalte ist stetig gestiegen und die Unterschiede des Einkommens verschiedener Gruppen (Männern und Frauen sowie Haushalten mit höchsten und niedrigsten Einkommen) konnten verringert werden.

In einigen Bereichen ist es bisher nicht gelungen, die Trends zu brechen, wie beim Ressourcenverbrauch, der Flächenversiegelung oder den Emissionen von Treibhausgasen, deren Steigen durch die Wirtschaftskrise nur vorübergehend gedämpft wurde. Zur Erreichung der dafür festgelegten Ziele sind noch zusätzliche Anstrengungen erforderlich.

Bemerkenswert ist, wie bestimmte Aspekte von den Österreicherinnen und Österreichern empfunden werden. Das Gefühl der Sicherheit ist wieder gestiegen, Arbeitnehmer schätzen ihre Perspektiven wieder günstiger ein, zu beachten ist jedoch der Anteil der Bevölkerung, der sich durch Freiheit eher überfordert fühlt.

Mit dem Wohlstand der Gesellschaft in Zusammenhang ist das Steigen des Body-Mass-Index in allen Altersgruppen der Bevölkerung zu sehen. Dem gegenüber steht eine Zunahme des Verkaufs von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln (Bio, Fair-Trade).

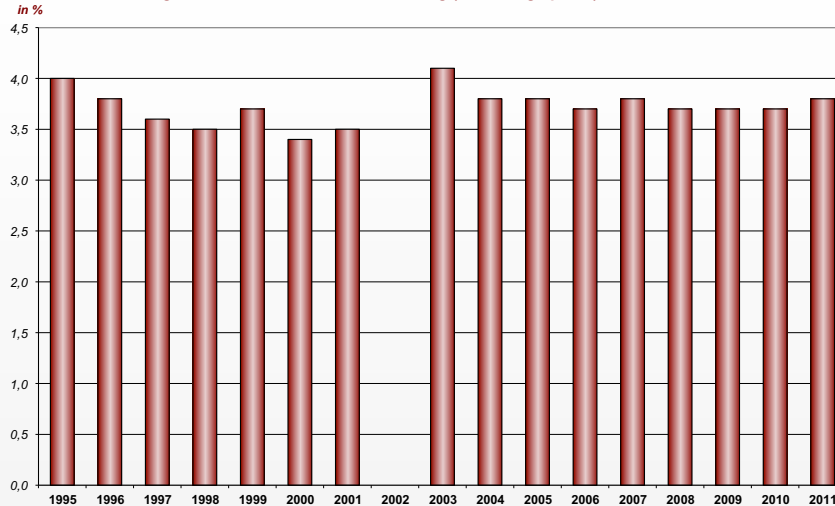
GE 1 Einkommensverteilung (oberstes/unterstes Quintil)

Datenquelle:
Statistik Austria, EU-SILC 2011

Definition:

Angegeben wird das Verhältnis des Gesamteinkommens von den 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen von den 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen (unterstes Quintil). Unter Einkommen wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen verstanden: Das Äquivalenzeinkommen errechnet sich aus dem verfügbaren Haushaltseinkommen dividiert durch die Summe der Personengewichte im Haushalt. Die Personengewichte werden auf Basis der EU-Skala berechnet: erste Person = 1,0; zweite und jede weitere Person = 0,5; außer Kinder jünger als 14 Jahre = 0,3.

Ungleichheit der Einkommensverteilung (Verteilungsquintil) 1995 - 2011



2002: Unterbrechung und neue Erhebung ab 2003

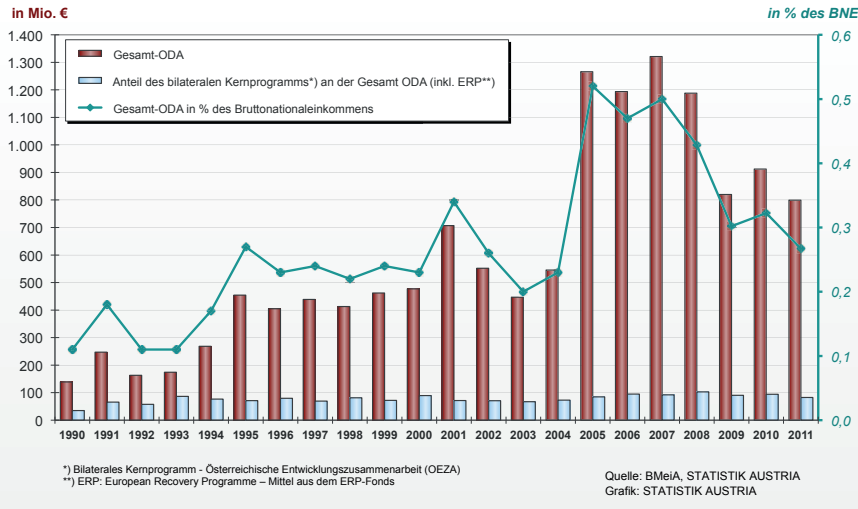
Quelle: STATISTIK AUSTRIA
Grafik: STATISTIK AUSTRIA

Die Ungleichheit bei den Haushaltsäquivalenzeinkommen ist von 1995 bis 2001 geringer geworden. Das Äquivalenzeinkommen des obersten Einkommensfünftels war 1995 4 mal und 2001 3,5 mal höher als das des untersten Einkommensfünftels. 2003 wurde der Indikator erstmals auf

Basis der neuen Quelle EU-SILC berechnet und betrug 4,1. In den Folgejahren ist mit 3,7 bis 3,8 eine weitgehende Konstanz zu verzeichnen. Die Einkommensungleichheit ist in Österreich geringer als im EU-Durchschnitt (2011 EU-27 und EU-15: 5,1).

IG 1 Höhe der Entwicklungshilfe

Höhe der Entwicklungshilfe ODA (Official Development Assistance) 1990 - 2011



Datenquellen:
 Statistik Austria, BMEiA

Definitionen:
 Die Ermittlung der ODA-Quote (öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent des Bruttonationaleinkommens) erfolgt nach dem im Entwicklungsausschuss der OECD (DAC) vereinbarten Richtlinienwerk.

Nicht alle Finanzflüsse von Industrieländern an Entwicklungsländer, die möglicherweise letztendlich der wirtschaftlichen Entwicklung des Ziellandes dienen, gelten jedoch als Entwicklungshilfe (z. B. Direktinvestitionen, Exportkreditflüsse u. Ä.).

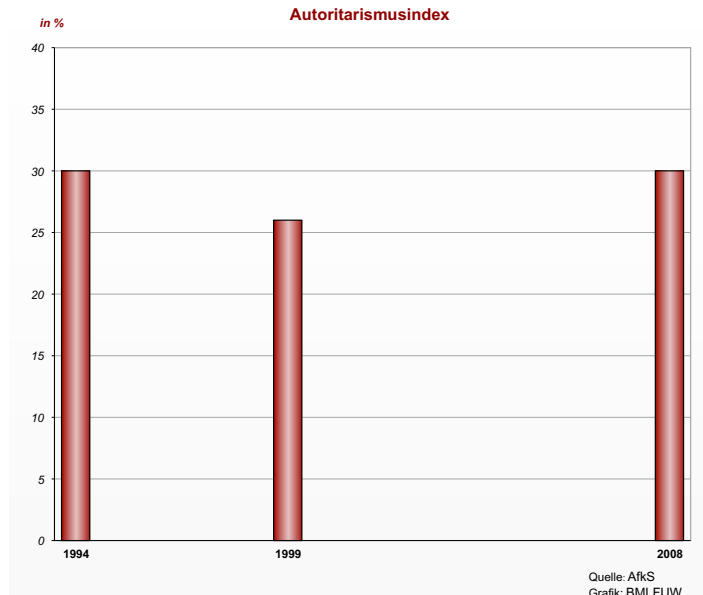
Die präsentierten Daten entsprechen den von Österreich – unter Beachtung der Richtlinien – an OECD/DAC gemeldeten ODA-Werten.

In Bezug auf „nationale Gestaltungsmöglichkeiten“ ist anzumerken, dass die entwicklungspolitische Gestaltung weitgehend auf den Kernbudgetbereich für Entwicklungszusammenarbeit beschränkt ist, der seit 2004 von der Austrian Development Agency (ADA) verwaltet wird. Dieser Budgetbereich wird in der Datenreihe getrennt (als der in der Gesamt-ODA enthaltene Anteil) ausgewiesen. Für die strategischen Vorgaben ist die Sektion für Entwicklungszusammenarbeit im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten zuständig.

in manchen Jahren einen beträchtlichen Anteil an der ODA ausmachen kann – sind multilaterale Abläufe im Pariser Klub bestimmend. In diesem Sinn ist die Aussagekraft des Indikators ODA-Quote eingeschränkt.

Österreich hat sich im EU-Rahmen dem Ziel der Vereinten Nationen verpflichtet, bis 2015 nach Möglichkeit 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. 2011 erzielte Österreich eine ODA-Quote von 0,27 %.

FH 1 Autoritarismusindex



„Autoritarismus ist ein psychologisches Grundmuster, eine Charakterstruktur. Er beschreibt eine Grundhaltung, die sich im alltäglichen Handeln, in Einstellungen, in Werten etc. widerspiegelt. Er verweist aber auch auf ein Gesellschaftsbild, das – grob formuliert – sagt: „Recht hat, wer oben ist.““

„... Autoritarismus gründet nicht (nur) in der primären Sozialisation, sondern ist eine Reaktion bestimmter Persönlichkeitstypen auf Verun-

Datenquelle:

Arbeitsstelle für kirchliche Sozialforschung (AfKS); Solidaritätsstudie 1994 und Europäische Wertestudien 1999, 2008.

Definition:

Im Rahmen der Europäischen Wertestudie wird eine Umfrage durchgeführt, in der es um politische, religiöse und moralische Vorstellungen und um Einstellungen bezüglich der Familie geht. Aus den Antworten auf 5 Fragen wird der Autoritarismusindex berechnet:

- Wo strenge Autorität ist, dort ist auch Gerechtigkeit.
- Sicherheit und Wohlstand sind wichtiger als Freiheit.
- Mitreden und mitentscheiden soll man erst, wenn man durch harte Arbeit eine Position erreicht hat.
- Der Sinn des Lebens besteht darin, eine angesehene Position zu gewinnen.
- Das Wichtigste, was Kinder lernen müssen, ist Gehorsam.

Die Zustimmung zu den Items kann mit einer 5-stufigen Skala bewertet werden, in der 1 volle Zustimmung und 5 volle Ablehnung bedeutet.

Der Index gibt den Prozentsatz der Personen an, die bezüglich der fünf Fragen mit 1 oder 2 bewertet haben.

sicherung. Diese Haltung findet sich eher bei Menschen mit ungünstiger Balance zwischen Lebensherausforderung und Daseinskompetenz: Sie erleben sich als überfordert, sehen in ihrer Freiheit zu viel Risiko ...“ (aus „Die Konfliktgesellschaft – Wertewandel in Österreich 1990 – 2000“; DENZ, FRIESL, POLAK, ZUBA, ZULEHNER).

Ein Absinken des Autoritarismusindex bedeutet noch nicht sofort, dass Freiheit verantwortlich gelebt wird.

Vom Rückgang des Autoritarismus 1999 ist 2008 ein gewisser Fallback-Effekt auf das höhere Autoritarismus-Niveau des Jahres 1990 erkennbar.

Ein statistischer Zusammenhang besteht mit Alter und Bildung: Über 60-Jährige zeigen sich mit 40 % autoritärer als unter 30-Jährige, 25 %. Bei Menschen ohne Schulabschluss beträgt der Anteil 54 % im Vergleich zu Akademiker/innen mit 11 %.

Regional finden sich am meisten „Autoritäre“ in Wien (39 %), Kärnten (37 %) und Oberösterreich (37 %), am wenigsten in Salzburg (18 %) und Tirol (14 %).

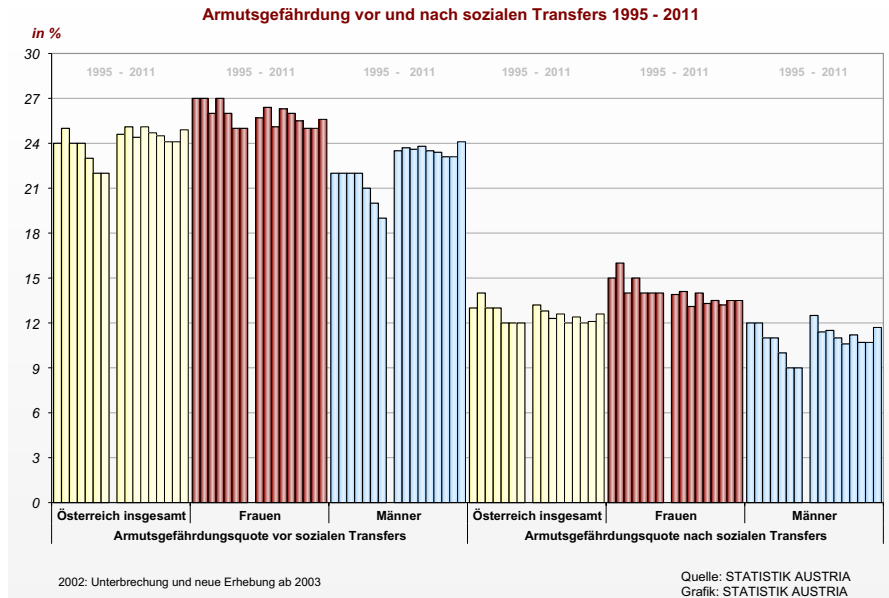
FS 1 Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers

Datenquelle:
Statistik Austria, EU-SILC 2003-2011.

Definitionen:
Vergleich des Bevölkerungsanteils unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle vor und nach Sozialtransfers

a) Armutsgefährdungsquote vor sozialen Transfers – insgesamt
Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen vor Sozialtransfers unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist. Alters- und Hinterbliebenenversorgung gelten als Einkommen vor Sozialtransfers und nicht als Sozialtransfers.

b) Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers – insgesamt
Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist.



Die Armutsgefährdungsquote liegt seit 2005 bei etwa 12 %. 2011 lag sie bei Frauen mit 13,5 % über jener der Männer mit 11,7 %. Die Armutsgefährdungsquote der EU-27 lag 2011 bei 16,9 % (Frauen 17,6 %, Männer 16,1 %).

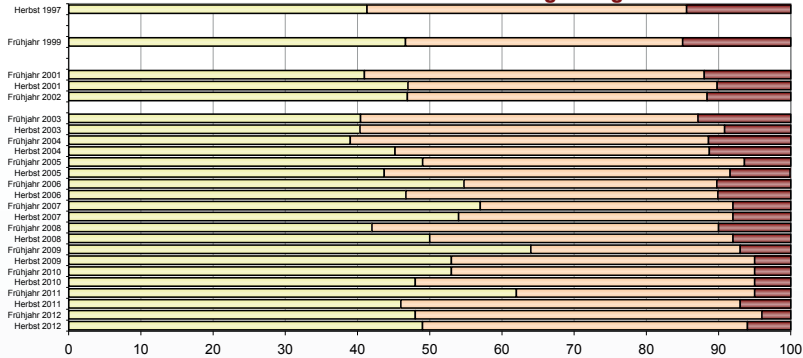
Die Sozialleistungen (ohne Pensionen) halbieren die Armutsgefährdungsquote von 24,9 % auf 12,6 %.

Headline-Indikator „Governance und Partizipation“

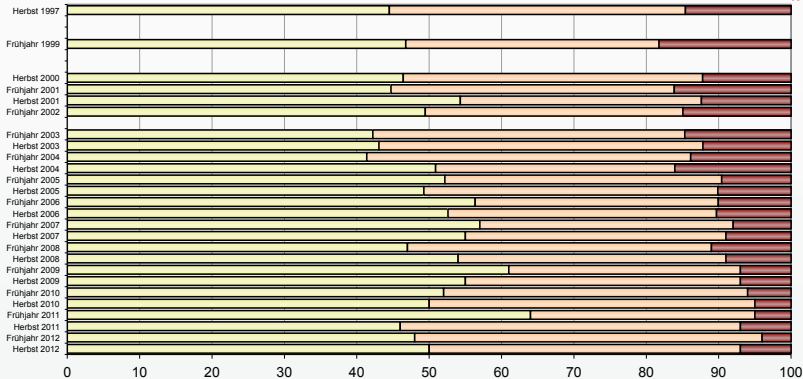
GP 1 Vertrauen der Österreicher/innen in Institutionen

Datenquellen:
Eurobarometer der Europäischen Kommission,
Durchführung in Österreich: seit Herbst 2004 Österreichisches Gallup-Institut, davor GfK Austria
Daten vom Österreichischen Gallup-Institut und WISDOM (Wiener Institut für sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik)

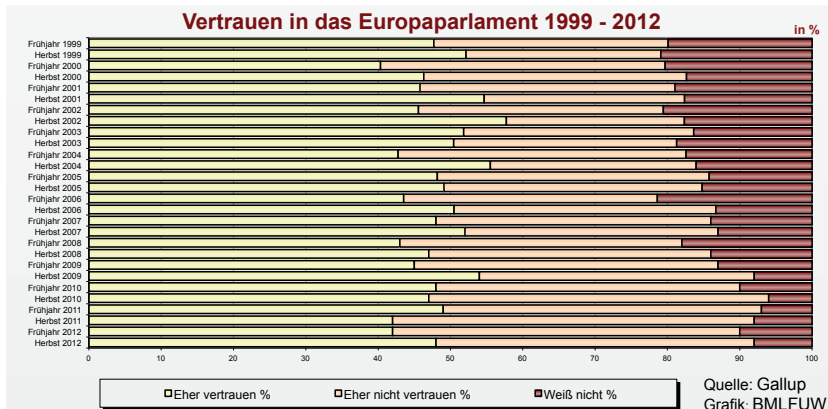
Vertrauen in die österreichische Bundesregierung 1997-2012 in %



Vertrauen in den österreichischen Nationalrat 1997-2012 in %



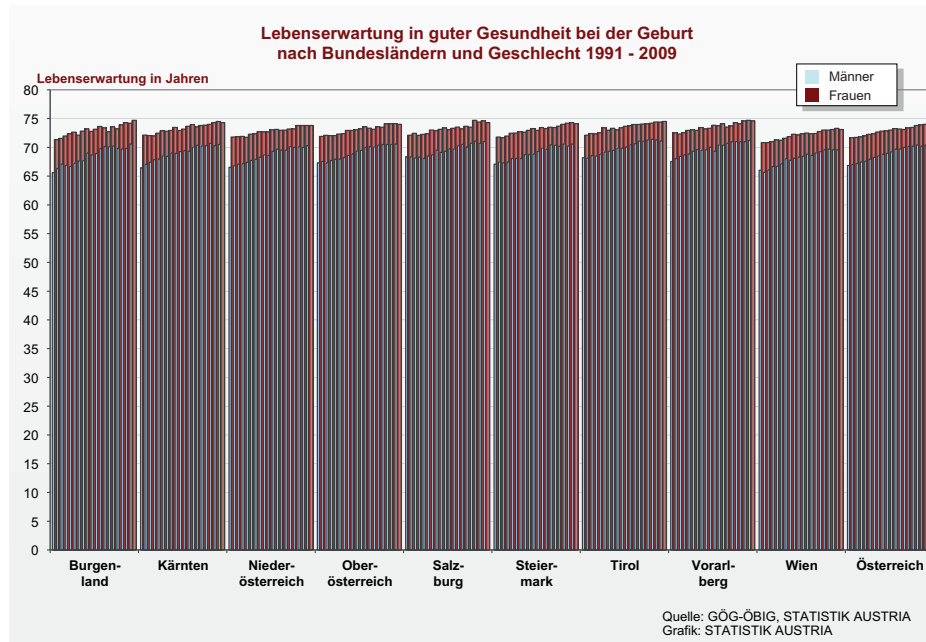
Headline-Indikator „Governance und Partizipation“



Die Befragungen im Rahmen der Eurobarometer-Untersuchungen werden halbjährlich bei etwa 1000 Personen durchgeführt. Nicht in jeder Umfrage wurden die Vertrauensfragen zu den nationalen Institutionen der Bundesregierung und des Nationalrats erhoben. Die Daten zeigen, dass das Vertrauen gegenüber dem österreichischen Parlament höher ist als dem Europäischen. Im Vergleich der österreichischen Institutionen ergibt sich, dass das Vertrauen in den Nationalrat auch höher ist als in die Bundesregierung.

Eine Interpretation der Schwankungen ist schwierig. Zu beachten ist dabei auch die Unsicherheit des Ergebnisses, das von der Stichprobengröße abhängt: Bei 1000 Befragten beträgt die Zuverlässigkeit des Ergebnisses bei einem Wert von 10 oder 20 % $\pm 1,9$, bei 20 oder 80 % $\pm 2,5$, bei 30 oder 70 % $\pm 2,7$, bei 40 oder 60 % $\pm 3,0$ und bei 50 % $\pm 3,1$.

GW 1 Lebenserwartung in guter Gesundheit



Datenquellen:

Statistik Austria - Todesursachenstatistik 1991-2009, Mikrozensus-Sonderprogramme „Fragen zur Gesundheit“ 1991 und 1999; Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007; GÖG/ÖBIG (Gesundheit Österreich GmbH - Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen) - eigene Berechnungen

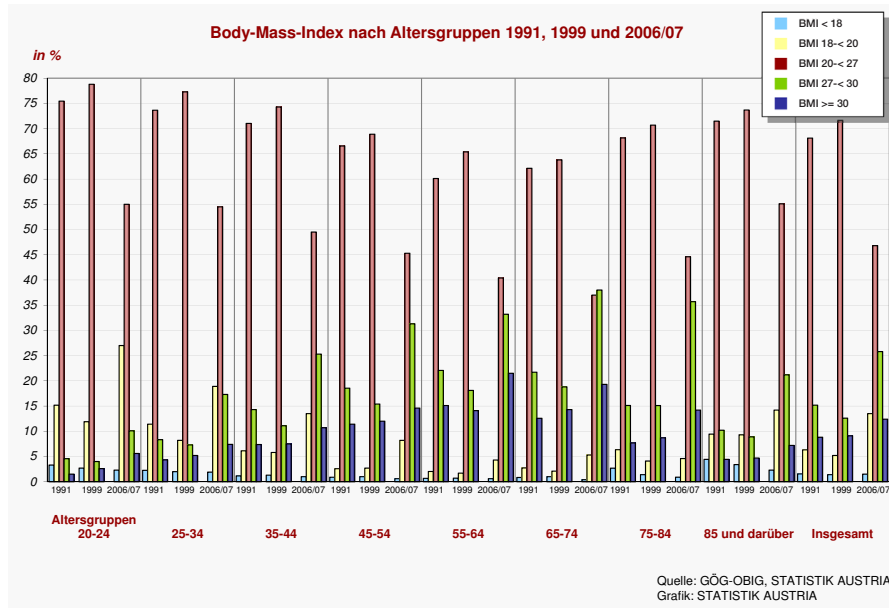
Definitionen:

Basis für den Indikator ist die Lebenserwartung, die sich aus der Bevölkerungsentwicklung ableitet. Die „gute Gesundheit“ wird auf Grund folgender Frage bewertet: „Wie ist Ihr allgemeiner Gesundheitszustand?“
Die Antworten können lauten: Sehr gut, Gut, Mittelmäßig, Schlecht, Sehr schlecht, Keine Angabe.

Die Lebenserwartung der österreichischen Bevölkerung ist ständig im Steigen begriffen, wobei jene der Männer unter jener der Frauen liegt. Der Abstand hat sich jedoch in den letzten Jahren etwas verringert. Die höchste Lebenserwartung haben Einwohner der Bundesländer Tirol und

Vorarlberg, die geringste ist in Wien gegeben. Die Gründe für diese Unterschiede sind nicht völlig geklärt, jedoch ist bekannt, dass in den westlichen Bundesländern der Anteil von Personen mit gesundheitlichen Risikofaktoren (wie z.B. Übergewicht) niedriger ist als in den östlichen Bundesländern.

ER 1 Body-Mass-Index



Datenquellen:

Statistik Austria - Mikrozensus 1991, 1999;
GÖG-ÖBIG (Gesundheit Österreich GmbH,
-Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheits-
wesen) 2007

Definition:

Der Body-Mass-Index (BMI) wird aus
Körpergewicht und Körpergröße errechnet:
 $BMI = \text{Körpergewicht} / (\text{Körpergröße})^2$ [in kg/m^2].

Der Body-Mass-Index gibt Aufschluss darüber, ob eine Person normal-, über- oder untergewichtig ist. Seit 1998 hat die WHO (Weltgesundheitsorganisation) den Bereich von 18,5 bis unter 25,0 als Normalgewicht festgelegt, den Bereich darunter als Untergewicht, darüber bis unter 30 als leichtes Übergewicht und ab einem BMI von 30 und mehr als starkes Übergewicht.

Die Darstellung bezieht sich noch auf die vorhergehende Definition, bei der erst ein BMI von 27 und mehr als Übergewicht klassifiziert wurde. Zu erkennen ist jedenfalls, dass sich von 1991 bis 2006/2007 der Anteil übergewichtiger und stark übergewichtiger Personen in allen Altersgruppen erhöht hat.

Starkes Übergewicht gilt als wichtiger Risikofaktor für die Entwicklung von u.a. Herz-Kreislauferkrankungen und Diabetes mellitus.

WO 1 BIP pro Kopf

Datenquelle:

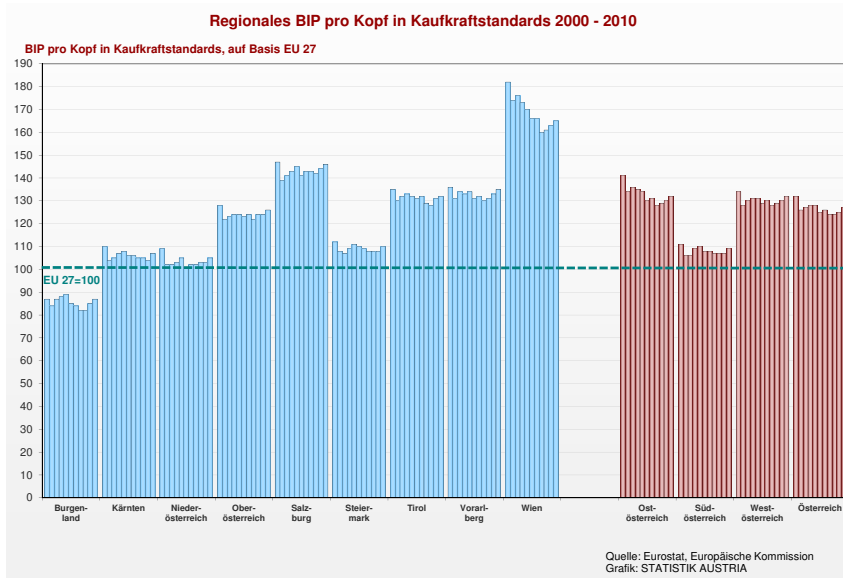
Eurostat, Europäische Kommission

Definitionen:

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist das Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit einer Volkswirtschaft und ist die Summe aller im Inland produzierten Güter und Dienstleistungen (abzüglich aller dabei als Vorleistung verbrauchten Güter und Dienstleistungen). Das BIP ist daher der zentrale Indikator für den wirtschaftlichen Wohlstand eines Landes.

Dieser Wohlstandsindikator ist definiert als „BIP pro Kopf“, d.h. das BIP dividiert durch alle in einem Land lebenden Personen, um so auch eine Relation zwischen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum herzustellen. Das BIP ist hier weiters in Kaufkraftparitäten angegeben. Die Kaufkraftparität ist jene Maßzahl für einen Gleichgewichtswechsellkurs, welcher Differenzen in den Preisniveaus zwischen den Ländern eliminiert, um internationale Vergleichbarkeit herzustellen.

Der Indikator wird auf den BIP-Durchschnitt aller EU27-Mitgliedsländer (= 100) bezogen. Die Gebietseinteilung erfolgt nach der EU-weiten NUTS-Systematik (Nomenclature des unités territoriales statistiques; NUTS 1: Ost-, Süd-, Westösterreich; NUTS 2: die Bundesländer). Auf dieser disaggregierten Ebene wird das BIP als Bruttoregionalprodukt (BRP) bezeichnet.



Über den Zeitraum 2007 bis 2010 konnte Österreich seine gute Position im EU-Vergleich des BIP pro Kopf halten bzw. weiter verbessern. Österreich lag im Jahr 2010 mit einem Indexwert von 127 deutlich über dem EU27-

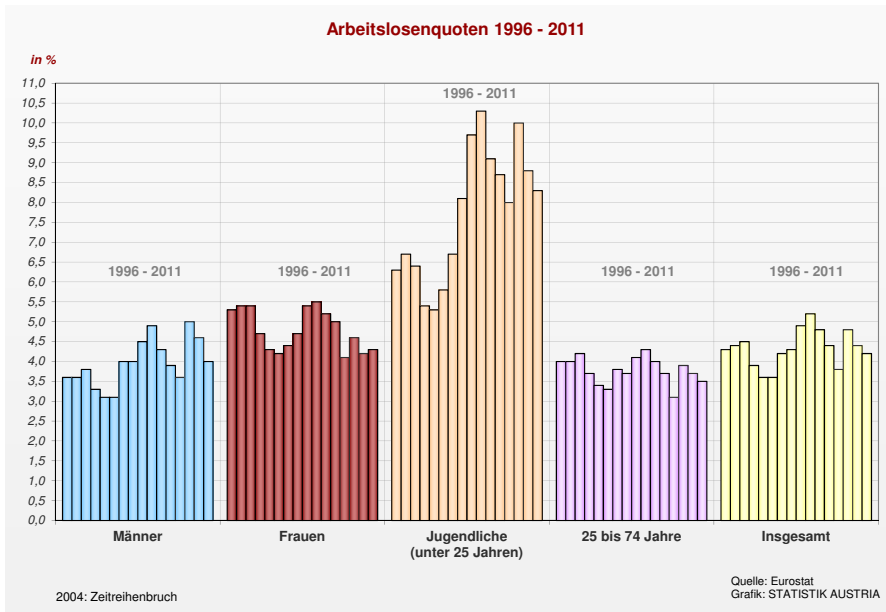
Durchschnitt. Innerhalb Österreichs weist im Jahr 2010 das Burgenland mit einem Indexwert von 87 den niedrigsten und Wien mit 165 den höchsten Indexwert auf.

AR 1 Gesamtarbeitslosenquote, nach Alter, nach Geschlecht und nach höchster abgeschlossener Ausbildung

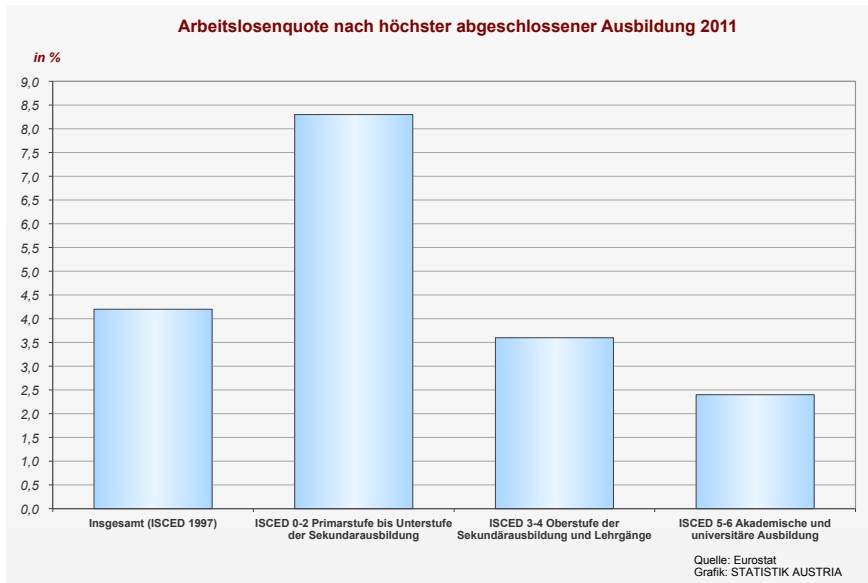
Datenquelle:
Eurostat, Strukturindikatoren, New Cronos Datenbank

Definitionen:
Die Arbeitslosenquote gemäß dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT) umfasst die Arbeitslosenpopulation im Alter von 15 bis 74 Jahren in Prozent der Erwerbspersonen der Altersgruppe. Die Zahl der Erwerbspersonen ist die Summe der Erwerbstätigen (selbständig oder unselbständig Beschäftigten) und der Arbeitslosen.

Arbeitslose sind nicht in Anstaltshaushalten lebende Personen, die nicht erwerbstätig sind, für eine Arbeitsaufnahme innerhalb der folgenden zwei Wochen zur Verfügung stehen und sich auf Arbeitssuche befinden (d.h. während der vorhergehenden vier Wochen aktiv nach Arbeit gesucht haben, oder sich nicht mehr um eine Stelle bemühen, weil sie bereits eine Arbeit gefunden haben, die sie in maximal drei Monaten antreten).



AR 1 Gesamtarbeitslosenquote, nach Alter, nach Geschlecht und nach höchster abgeschlossener Ausbildung



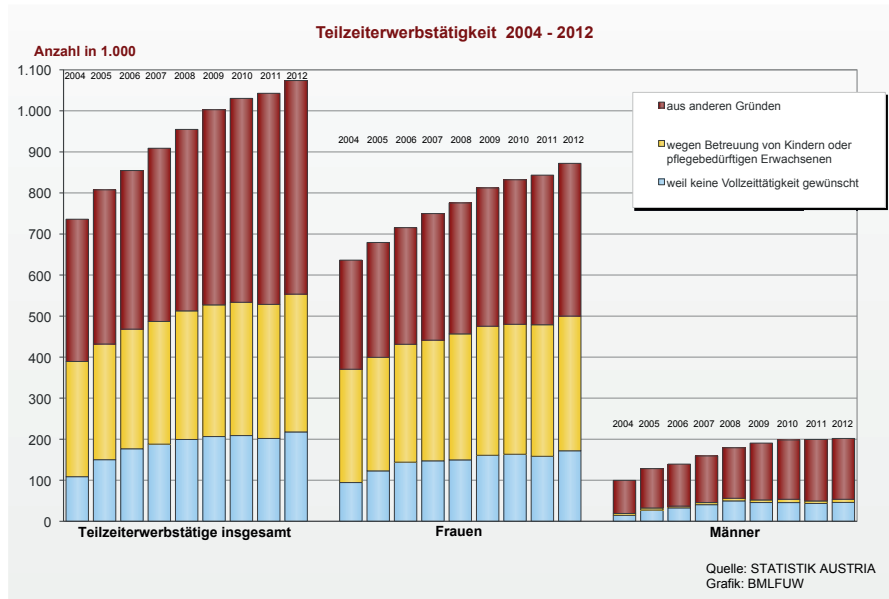
Die Arbeitslosenquote war in Österreich im Jahresdurchschnitt 2011 rückläufig. Im internationalen Vergleich wies Österreich 2011 mit 4,2 % die niedrigste Arbeitslosenquote im EU-27-Raum aus, gefolgt von den Niederlanden (4,4 %) und Luxemburg (4,9 %). Die Quote für die EU-27 lag bei 9,7 %. Die österreichische Quote war im Jahresdurchschnitt um -0,2 Prozentpunkte geringer als im Jahr 2010. Geschlechtsspezifisch differenziert zeigt sich bei der Arbeitslosenquote der Frauen ein Anstieg von 0,1

Prozentpunkten auf 4,3 %, während bei der Arbeitslosenquote der Männer ein Rückgang von -0,6 Prozentpunkten auf 4,0% zu konstatieren ist.

Die Jugendarbeitslosenquote sank 2011 um -0,5 Prozentpunkte auf 8,3 %. Die Quote der weiblichen Jugendlichen blieb mit 8,8 % (2011) auf dem Vorjahresniveau. Hingegen nahm die Arbeitslosenquote der männlichen Jugendlichen um -1,0 Prozentpunkt auf 7,9 % (2011) ab. Damit war die österreichische Jugendarbeitslosigkeit die Zweitniedrigste im EU-27-Raum, eine geringere Quote wurde nur für die Niederlande (7,6 %) registriert. Der Durchschnittswert für die EU-27 betrug 21,4 %.

Die Arbeitslosigkeit nach erreichter formeller Schulbildung zeigt, dass niedrig Qualifizierte generell einem höheren Arbeitslosigkeitsrisiko unterliegen. Während die Arbeitslosenquote für Pflichtschulabsolventinnen und -absolventen 2011 8,3 % betrug, belief sie sich bei Akademikern und Akademikerinnen auf 2,4 %.

FZ 1a Vereinbarkeit von Beruf und Familie



Im Rahmen der Erhebung werden Personen, die sich als Teilzeit arbeitend bezeichnen, nach den Gründen für ihre Beschäftigungsform gefragt. Dabei werden verschiedene Antwortmöglichkeiten, wie die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen, andere persönliche oder familiäre Gründe, schulische oder berufliche Aus- oder Fortbildung oder sonstige Gründe vorgegeben. Angeführt wird auch „keine Vollzeitbeschäftigung zu wünschen“ oder „keine Vollzeitätigkeit zu finden“.

Datenquelle:
Statistik Austria, Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung 2004-2012

Definition:
Labour Force Konzept, Zuordnung in die Kategorie Teilzeitarbeit auf Grundlage der Selbstzuordnung der RespondentInnen, Bevölkerung in Privathaushalten ohne Präsenz- und Zivildienstler

Das Ziel eines möglichst hohen Maßes an Lebensqualität im Lebensbereich „Freizeit“ im Sinne nachhaltiger Entwicklung kann unter anderem durch die Zufriedenheit mit der Freizeitgestaltung ausgedrückt werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt dabei einen wichtigen Einflussfaktor dar.

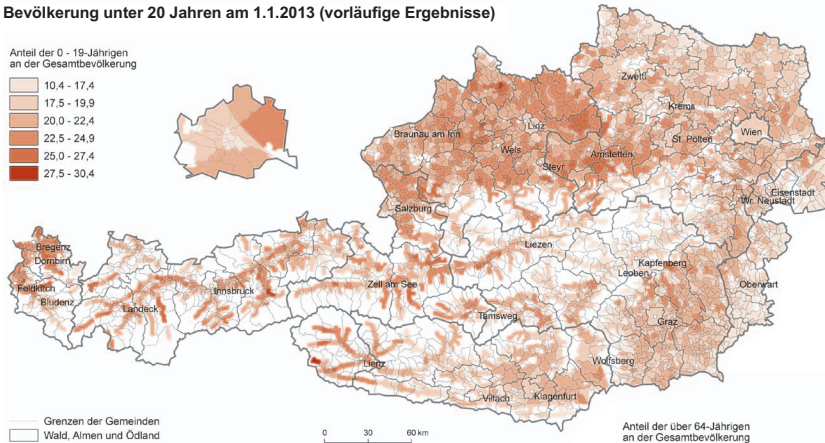
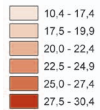
Die Zahl der Teilzeiterwerbstätigen nimmt kontinuierlich zu. Lediglich 19 % der Teilzeiterwerbstätigen sind Männer. Diese Verhältniszahlen sowie die Gründe für die Teilzeiterwerbstätigkeit (vgl. Tabelle Gründe für Teilzeiterwerbstätigkeit) spiegeln das verbreitete Rollenverständnis und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wider.

Dies steht im Einklang mit den Ergebnissen des Zusatzmoduls „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ der Arbeitskräfteerhebung für das Jahr 2010: Demnach unterbrachen lediglich 6,4 % der erwerbstätigen Männer, aber 87,3 % der erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 8 Jahren ihre Erwerbstätigkeit, um für das jüngste im Haushalt lebende Kind zu sorgen. Diese Unterbrechung der Erwerbstätigkeit dauerte für 75,1 % aller Männer, aber nur für 13 % der Frauen weniger als ein Jahr (vgl. Statistik Austria, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Modul der Arbeitskräfteerhebung 2010, S.17).

WS 1 Kleinräumige soziale und funktionelle Durchmischung

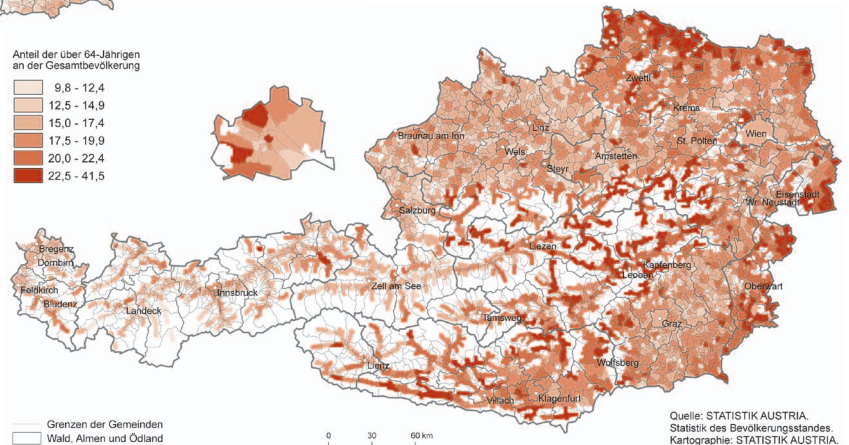
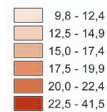
Bevölkerung unter 20 Jahren am 1.1.2013 (vorläufige Ergebnisse)

Anteil der 0 - 19-Jährigen an der Gesamtbevölkerung



Bevölkerung über 64 Jahre am 1.1.2013 (vorläufige Ergebnisse)

Anteil der über 64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung



Datenquelle:
Statistik Austria; Statistik des Bevölkerungsstandes

Definition:
Erfasst wird die Wohnbevölkerung mit Hauptwohnsitz und einem Mindestaufenthalt von >90 Tagen.

WS 1 Kleinräumige soziale *und funktionelle* Durchmischung

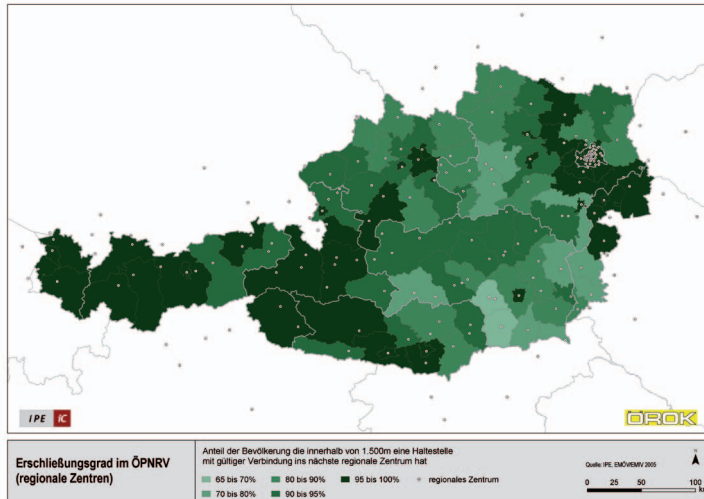
Die Karten zeigen den Anteil der 0-19-Jährigen bzw. über 64-Jährigen einer Gemeinde an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Gemeinde, für Wien bezüglich der 23 Gemeindebezirke. Mit dem roten Farbton, der sich aus dem resultierenden Prozentwert nach der in der Grafik angegebenen Skala ergibt, wurde der Dauersiedlungsraum der jeweiligen Gemeinde (des Wiener Gemeindebezirks) eingefärbt. Die nicht bewohnbaren Flächen Wald, Almen, Ödland, Gewässer wurden weiß gelassen, um die Größe des von der dargestellten Anteilsstruktur betroffenen Gebiets vor Augen zu führen.

Die Karten zeigen starke regionale Unterschiede der Altersstruktur der Bevölkerung.

In wenigen kleinen Gemeinden Tirols und Vorarlbergs erreicht der Anteil der Kinder und Jugendlichen noch knapp 30 %. Dies ist das Ergebnis überdurchschnittlicher Fertilität sowie anhaltend hoher Zuwanderung vor allem jüngerer Personen aus dem Ausland. In manchen Gemeinden im Burgenland, der

Steiermark, aber auch Tirols sowie in den inneren Bezirken Wiens liegen die Anteilswerte der 0-19-Jährigen hingegen nur zwischen 10 % und 15 %. Der österreichische Durchschnitt für den Anteil der Personen im Rentenalter betrug mit Stichtag 1.1.2013 18 % der Gesamtbevölkerung. In 17 % der Gemeinden lag der Anteil der 65- und Mehrjährigen unter 15 %. Auch in den Wiener Bezirken Rudolfsheim-Fünfhaus, Margareten und Neubau war der Anteil der älteren Personen relativ gering. In mehr als einem Viertel aller Gemeinden lag der Anteil der über 64-Jährigen bei mehr als 20 % der Wohnbevölkerung. Diese sind vor allem in den Grenzregionen des Nordens und Ostens Österreichs sowie in den östlichen Alpentälern zu finden. Die Bevölkerungsstruktur ist eine wesentliche Grundlage für Entscheidungen über infrastrukturelle und sozialpolitische Aufgaben. Der Indikator illustriert, in wie weit das für nachhaltige Entwicklung formulierte Ziel von sozial kleinräumiger Durchmischung erreicht ist. Um das weitere formulierte Ziel einer funktionellen Durchmischung darzustellen, ist noch Entwicklungsarbeit erforderlich.

MO 1 Zugang der Bevölkerung zu Mobilität (Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel)



Datenquelle:

ÖROK, IPE: Erreichbarkeitsverhältnisse in Österreich 2005, ÖROK Schriftenreihe Nr. 174, Wien 2007

Definition:

In den Erreichbarkeitsberechnungen der Österreichischen Raumordnungskonferenz wird eine Person an ihrem Wohnstandort dann als an den öffentlichen Verkehr angebunden gewertet, wenn

- sie im Umkreis von 1500 m von einer Haltestelle wohnt, von der aus zumindest
- eine Verbindung ins nächst gelegene zweckbezogene Zentrum (regionales Zentrum, Arbeit, Schule, etc.)
- innerhalb eines vordefinierten Abfahrts- und Ankunftszeitintervalls mit
- maximal zweimaligem Umsteigen besteht.

Diese Daten geben Auskunft über die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel. Jedoch werden weder die Angebotsqualität (Reisezeiten, Häufigkeiten von Verbindungen) noch die Standortqualität (Fragestellung: Wie bedeutend sind die Ziele, die erreicht werden können?) mit diesem Indikator abgebildet.

Tabelle: Öffentlicher Personen Nah- und Regionalverkehr 1997 und 2005: Veränderung der Erreichbarkeitsmaße auf Bundesländerebene

Bundesländer	Zugänglichkeit 500m		Zugänglichkeit 1.500m	
	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung
		97/05		97/05
Burgenland	72%	-12%	93%	-6%
Kärnten	76%	6%	96%	-1%
Niederösterreich	75%	-6%	94%	-3%
Oberösterreich	73%	7%	95%	2%
Salzburg	80%	5%	96%	-1%
Steiermark	67%	-1%	90%	-5%
Tirol	80%	7%	97%	-1%
Vorarlberg	90%	4%	98%	-1%
Wien	100%	k.A.	100%	k.A.
Österreich (ohne Wien)	75%	2%	90%	-2%
Österreich (mit Wien)	80%	k.A.	95%	k.A.

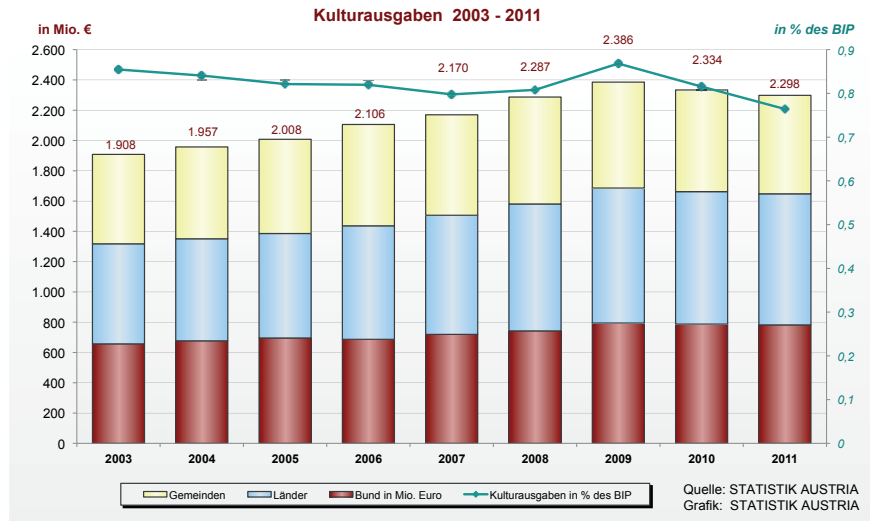
Die Tabelle zeigt die Verteilung der Bevölkerung in Bezug auf die Haltestellen des öffentlichen Verkehrs nach Bundesländern sowie die Veränderung zwischen 1997 und 2005.

Aufgrund der Konzentration der Siedlungen in den alpinen Tallagen ist in den westlichen Bundesländern grundsätzlich eine bessere Erschließung der Bevölkerung durch den öffentlichen Verkehr gegeben.

Für das Aufzeigen von echten Defiziten in der Erschließung durch den öffentlichen Verkehr ist eine kleinräumigere Betrachtung nötig, wie sie in der Karte auf Basis der politischen Bezirke dargestellt ist. Die am schlechtesten mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossenen Bezirke finden sich in den Regionen Wald- und Mühlviertel, Mostviertel, in der Südsteiermark und im Südburgenland.

Die zeitliche Veränderung des Indikators zeigt insgesamt eine Zunahme des Bevölkerungsanteils, der innerhalb von 500 m von Haltestellen des öffentlichen Verkehrs liegt, jedoch eine Abnahme des Bevölkerungsanteils innerhalb von 1500 m. Dies ist durch zwei gegenläufige Tendenzen zu erklären: einerseits einer Zunahme der Bevölkerung in den Ballungsräumen (mit hoher Haltestellendichte) und andererseits einer Zunahme von Wohnstandorten mit höherer Entfernung zum öffentlichen Verkehr außerhalb der Ballungsräume.

KK 1 Kulturausgaben



Datenquelle:
Statistik Austria, Kulturstatistik.

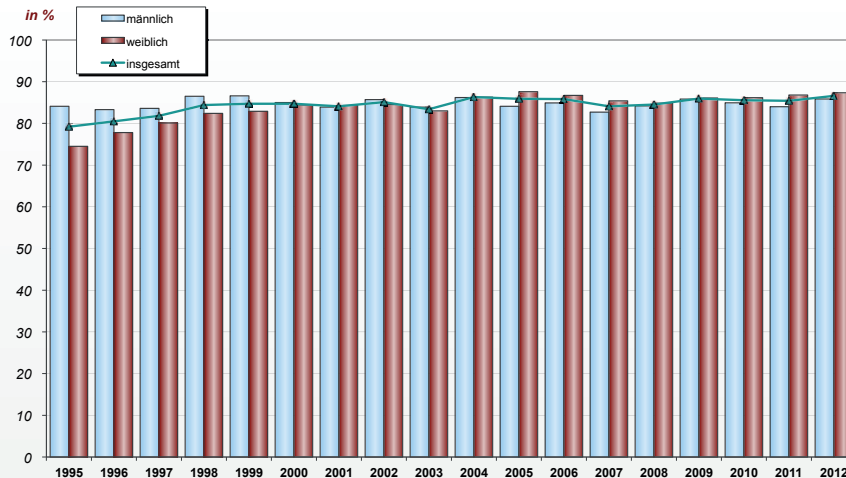
Definitionen:
Kulturausgaben nach Abzug intergovernmentaler Transfers zu laufenden Preisen. BIP zu laufenden Preisen.

Die Kulturausgaben des Bundes, der Länder und Gemeinden sind seit dem Jahr 2003 von 1.908 Millionen Euro auf 2.298 Millionen Euro im Jahr 2011 angestiegen. Seit 2007 ist trotz schwieriger Rahmenbedingungen immerhin noch ein Anstieg von 6 % innerhalb dieses Zeitraums zu verzeichnen.

Mittlerweile ist es ab 2009 in allen Sektoren zu Rückgängen der Kulturausgaben gekommen, wodurch der Anteil der Kulturausgaben am Bruttoinlandsprodukt stärker zurückgegangen ist.

BF 1 Bildungsstand der Jugendlichen (20-24)

Bildungsstand der Jugendlichen 1995 - 2012
(Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20 - 24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss)



2003, 2004, 2006: Zeitreihenunterbrechungen

Quelle: STATISTIK AUSTRIA
Grafik: STATISTIK AUSTRIA

Im Beobachtungszeitraum 1995 bis 2012 ist insgesamt ein Anstieg des Anteils Jugendlicher mit abgeschlossener Ausbildung auf Sekundarstufe II von 79,2 % auf 86,6 % festzustellen.

Es sind jedoch vor allem Frauen, die von einer höheren Bildungsbeteiligung profitierten (Anstieg von 74,5 % auf 87,3 %), während bei Männern nur relativ wenig Änderung eintrat.

Datenquelle:

Statistik Austria, bis 2003 Mikrozensus (Durchschnitt der Monate März, Juni, September und Dezember); ab 2004 Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (Durchschnitt aller Wochen eines Jahres).

Definitionen:

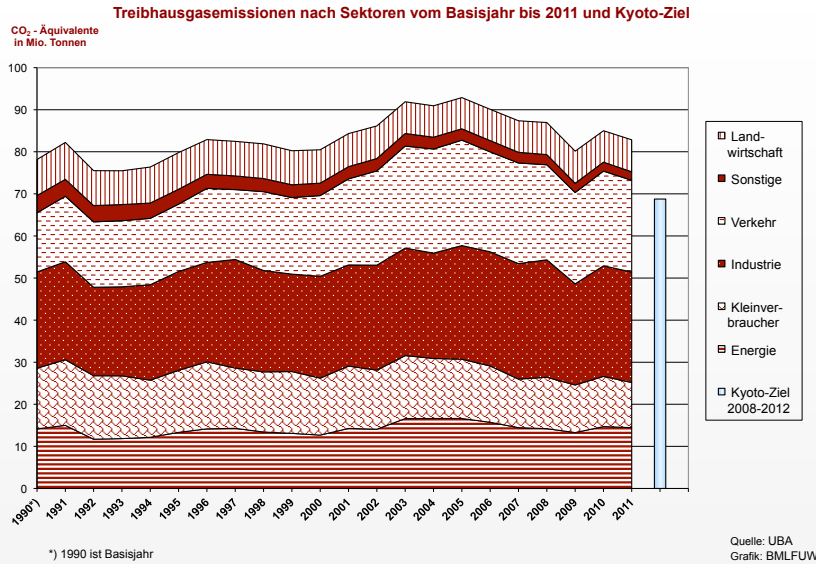
Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren mit mindestens einem Abschluss der Sekundarstufe II, d.h. mit einem Bildungsabschluss auf ISCED-Ebene 3 oder höher.

Im Zähler stehen die Personen, die einen über die Pflichtschule (bzw. die 8. Schulstufe) hinausgehenden Bildungsabschluss erreichten (Lehrabschluss, mittlere oder höhere Schule sowie post-sekundäre Ausbildung). ISCED 3c kurz (entspricht mittleren Schulen mit weniger als zwei Jahren Ausbildungsdauer) ist nach neuesten EU-Vorgaben nicht als Abschluss der Sekundarstufe II zu zählen. Eine entsprechende Frage war ab 2006 verpflichtender Teil des Fragenprogramms der Arbeitskräfteerhebung, weshalb dies in der Zeitreihe ab 2006 berücksichtigt werden konnte. Die ebenfalls unter ISCED 3c kurz eingeordnete Polytechnische Schule wurde als Abschluss ohnehin immer unter Pflichtschule subsumiert, weshalb sich keine nennenswerten Auswirkungen ergeben.

Der Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe ohne die Personen, welche die Frage nach der höchsten abgeschlossenen Bildung nicht beantworteten.

Auf Grund von methodischen Änderungen gab es Brüche in der Erhebung, zwischen 2002 und 2003 sowie 2005 und 2006 kleinere und zwischen 2003 und 2004 einen deutlichen Bruch. Bei den geringen jährlichen Schwankungen ist ferner zu berücksichtigen, dass sie oft im Bereich des Stichprobenfehlers liegen.

KL 1 Treibhausgasemissionen (nach Sektoren gegliedert)



Datenquelle:

Umweltbundesamt (2013) und Bundesländer-Luftschadstoffinventur (2012).

Hinweis:

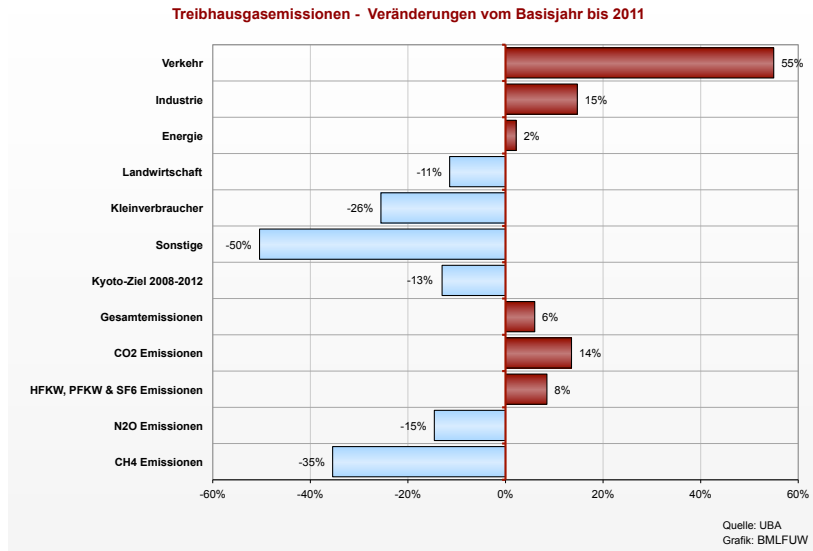
Durch die laufende Verbesserung der Primärdaten ergeben sich auch rückwirkend Veränderungen bei den Emissionswerten gegenüber früheren Veröffentlichungen.

Die Grafik zeigt die jährliche Veränderung der Treibhausgasemissionen, wobei die Gase Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffmonoxid (N₂O), teil- und vollfluorierte Kohlenwasserstoffverbindungen (geschrieben als HFKW und PFKW) sowie Schwefelhexafluorid (SF₆) berücksichtigt wurden.

Diese wurden entsprechend ihrem Treibhauspotential gewichtet und innerhalb der Verbrauchssektoren Energie, Kleinverbraucher, Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Sonstige (Abfallwirtschaft, Lösungsmittellemissionen, etc.) zusammengefasst. Die verwendeten Berechnungen folgen internationalen Übereinkommen für die Gewichtungsfaktoren bzw. für die Zuteilung zu Verursacherguppen.

Eingetragen ist auch der Zielwert, zu dem sich Österreich bezüglich der Reduktion der Treibhausgasemissionen verpflichtet hat. Die Emissionen lagen in den letzten beiden Jahren höher als im Krisenjahr 2009. Davon abgesehen ist aber seit 2006 in fast allen Sektoren ein abnehmender

KL 1 Treibhausgasemissionen (nach Sektoren gegliedert)



Trend zu beobachten. In den Sektoren Industrie und Verkehr lagen die Emissionen 2011 trotzdem noch höher als im Jahr 1990, beim Verkehr sogar um mehr als 50 %. Bei den Methanemissionen aus Mülldeponien und den Methan- und N₂O-Emissionen aus der Landwirtschaft ist ein langfristig abnehmender Trend zu beobachten.

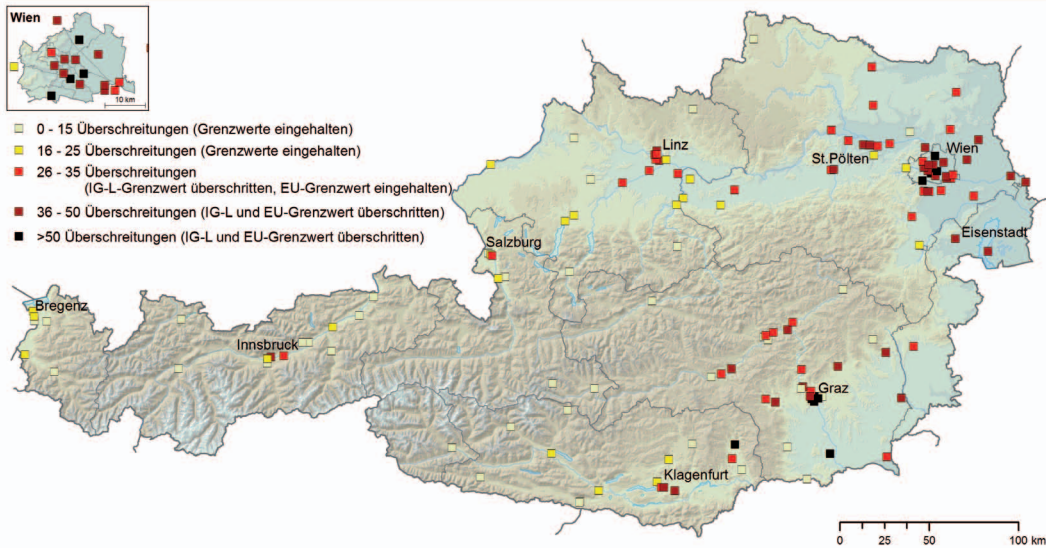
Für die Zielerreichung gemäß Kyoto-Protokoll können unter bestimmten Voraussetzungen auch Emissionsreduktionen aus Projekten im Ausland angerechnet werden. Um diese projektbezogenen flexiblen Mechanismen

des Kyoto-Protokolls effizient nutzen zu können, wurde das Österreichische JI/CDM-Programm ins Leben gerufen. Damit soll ein Teil der österreichischen Reduktionsverpflichtung erreicht werden; diese Emissionsreduktionseinheiten sind im Diagramm nicht angegeben (siehe auch Indikator IG 4).

Zur Verbesserung der Datenqualität wurden bei den den Treibhausgasemissionen zugrunde liegenden Berechnungen Änderungen durchgeführt. In den dargestellten Zeitreihen sind diese berücksichtigt.

LU 1 Überschreitungen des Grenzwerts für PM10

PM10: Anzahl der Tage mit Tagesmittelwerten über 50 µg/m³, 2011



Raumeinheiten: Bundesländer (Gebietsstand 1.1.2006)

Quelle: Luftmessnetz (Bundesländer); Stand der Daten: 2011
Bearbeitung: Umweltbundesamt; 16.07.2012

umweltbundesamt[®]

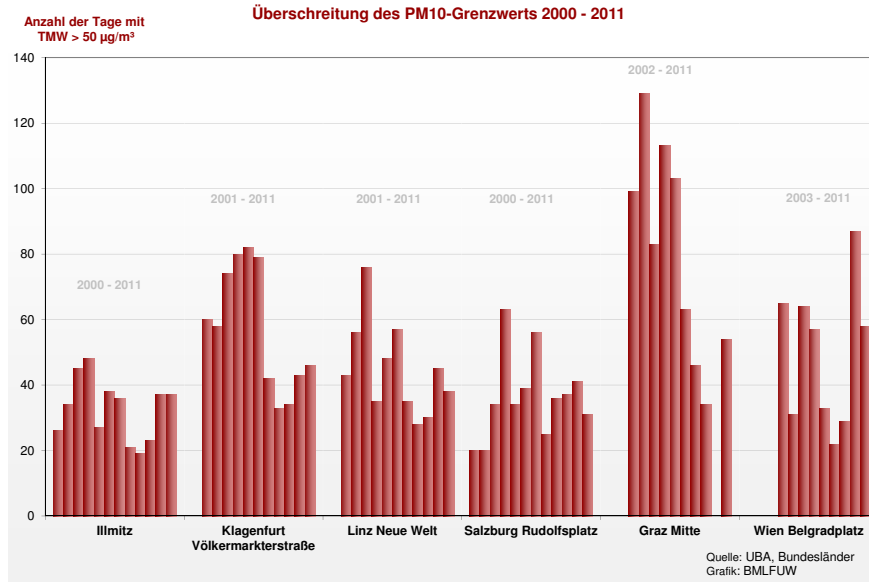
Datenquelle:

Luftmessnetz (Bundesländer, Umweltbundesamt)

Definition:

Für PM10 (Feinstaub) ist im Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L, BGBl. 115/97, idgF) seit 7.7.2001 zum Schutz der menschlichen Gesundheit ein Immissionsgrenzwert festgelegt: Der Tagesmittelwert (TMW) von 50 µg/m³ darf pro Kalenderjahr nicht an mehr als 35 Tagen (bis 2004) bzw. nicht an mehr als 30 Tagen (von 2005 bis 2009) bzw. nicht an mehr als 25 Tagen (ab 2010) überschritten werden.

LU 1 Überschreitungen des Grenzwerts für PM10



Die Messung von PM10 wurde in Österreich im Jahr 1999 begonnen, flächendeckende Daten liegen ab 2003 vor. An den Messstellen Illmitz und Salzburg Rudolfsplatz liegen Messungen der Belastung seit dem Jahr 2000, an der Messstelle Klagenfurt Völkermarkterstraße seit 2001 vor.

Der für den Tagesmittelwert definierte Grenzwert wird in allen Regionen Österreichs überschritten. Von besonders massiven Grenzwertüberschrei-

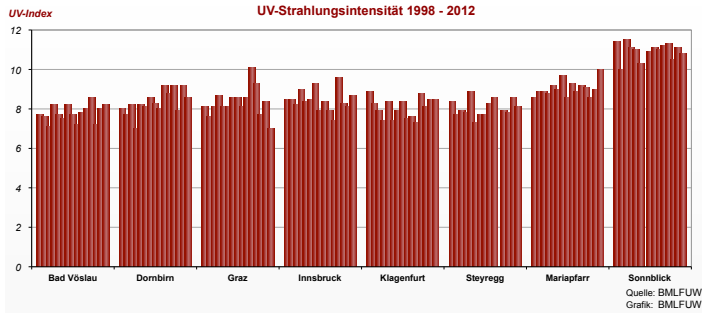
tungen sind der Südosten Österreichs sowie die großen Städte betroffen. Neben hohen lokalen Emissionen sind im Südosten Österreichs (Steiermark, Kärnten) die ungünstigen Ausbreitungsbedingungen in den gegenüber Nord- und Westwind abgeschirmten Tälern und Becken ein Hauptfaktor für die hohen PM10-Belastungen. Darüber hinaus spielt im Osten Österreichs der Ferntransport von belasteten Luftmassen eine wesentliche Rolle.

Seit Beginn der PM10-Messungen wurden in den Jahren 2002, 2003, 2005 und 2006 überdurchschnittlich hohe Belastungen registriert, relativ niedrige in den Jahren

2007 bis 2009. Ursache der starken Variationen der PM10-Belastung von Jahr zu Jahr sind die meteorologischen Verhältnisse in den Wintermonaten, die sowohl für die lokalen Ausbreitungsbedingungen als auch für das Ausmaß von Ferntransport verantwortlich sind.

Die österreichischen PM10-Emissionen sind in den letzten zehn Jahren leicht zurückgegangen.

ST 1 UV-Strahlungsintensität



Datenquelle:

Institut für Medizinische Physik der Universität Innsbruck im Auftrag des BMLFUW

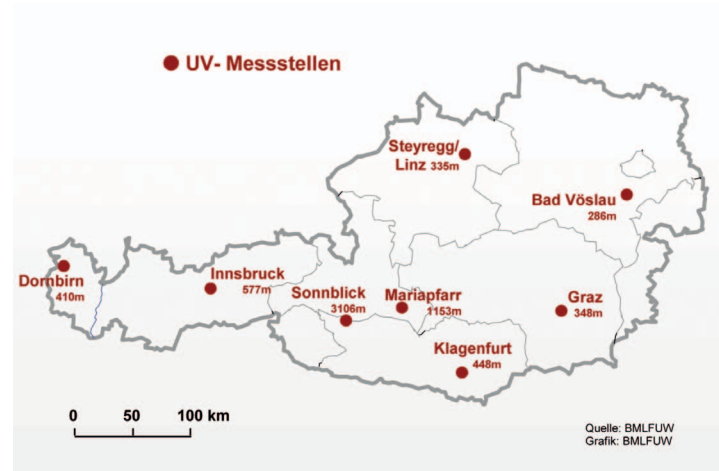
Definition:

Der UV-Index ist ein Maß für die Intensität der für die Gesundheit relevanten UV-Strahlung der Sonne. Die Definition des UV-Index wurde von der WHO (World Health Organization) und der WMO (World Meteorological Organization) gemeinsam, nicht für Forschungszwecke, sondern zur Information der Bevölkerung festgelegt. Er ist eine dimensionslose Zahl, die angibt, wie viel der solaren UV-Strahlung den Boden erreicht.

Er wird als gewichtetes Integral über die spektrale Strahlung und nachfolgende Skalierung ermittelt. Die Integration wird über den Wellenlängenbereich von 250 nm bis 400 nm unter

Verwendung des CIE-Wirkungsspektrums (des Standard-Erythem-Wirkungsspektrums) zur Gewichtung der Wellenlängenanteile durchgeführt. Dabei wird die Strahlungsintensität auf eine horizontale Fläche genommen. Die gewichtete Strahlungsintensität in mW/m^2 wird durch die gewählte Strahlungsintensität von $25 mW/m^2$ dividiert. Resultat ist eine dimensionslose Zahl, die die folgende Bewertung der UV-Strahlungsintensität zulässt:

UV-Index	Bewertung
0 – 2	niedrig
3 – 5	mäßig
6 – 7	hoch
8 – 10	sehr hoch
über 10	extrem



Der Indikator gibt den maximalen UV-Index eines Jahres an den einzelnen Messstationen in Österreich an, für die seit 1998 Messwerte vorliegen. Zu erkennen ist der natürliche Effekt, dass die UV-Intensität mit der Seehöhe zunimmt. Die Schwankungen von Jahr zu Jahr sind vor allem durch die Witterung und hier insbesondere die Bewölkung bedingt.

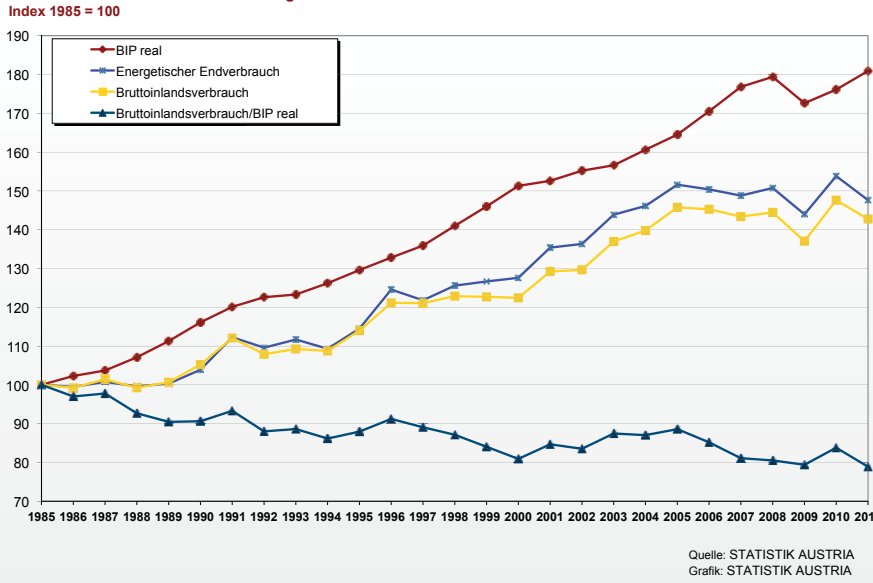
ES 1 Energieverbrauch – Energieintensität – Erneuerbare Energien

Datenquelle:
Energiebilanzen der Statistik Austria

Definitionen:
Der Bruttoinlandsverbrauch (BIV) errechnet sich aus der Energiebilanz, aufkommenseitig aus der inländischen Erzeugung von Rohenergie, dem Außenhandelsaldo und der Lagerbewegung von Energie, verwendungseitig aus dem Energetischen Endverbrauch, dem Nichtenergetischen Verbrauch von Energie (z.B. Petrochemie, Schmiermittel), dem Verbrauch des Sektors Energie und der Differenz von Umwandlungseinsatz und Umwandlungsausstoß (=Umwandlungsverluste).

Der Energetische Endverbrauch (EEV) ist jene Energiemenge, die den Verbrauchern für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird (Raumheizung, Mobilität, Prozesswärme, mechanische Arbeit, Beleuchtung und EDV, usw.).

Energieverbrauch in Relation zum BIP 1985 - 2011



Zwischen Energieverbrauch und Bruttoinlandsprodukt ist seit Anfang der 1970er-Jahre ein deutlicher Entkopplungseffekt feststellbar, der sich zu Beginn des Jahrtausends ein wenig abgeschwächt, in den letzten Jahren (ausgenommen 2010) aber wieder markant fortgesetzt hat.

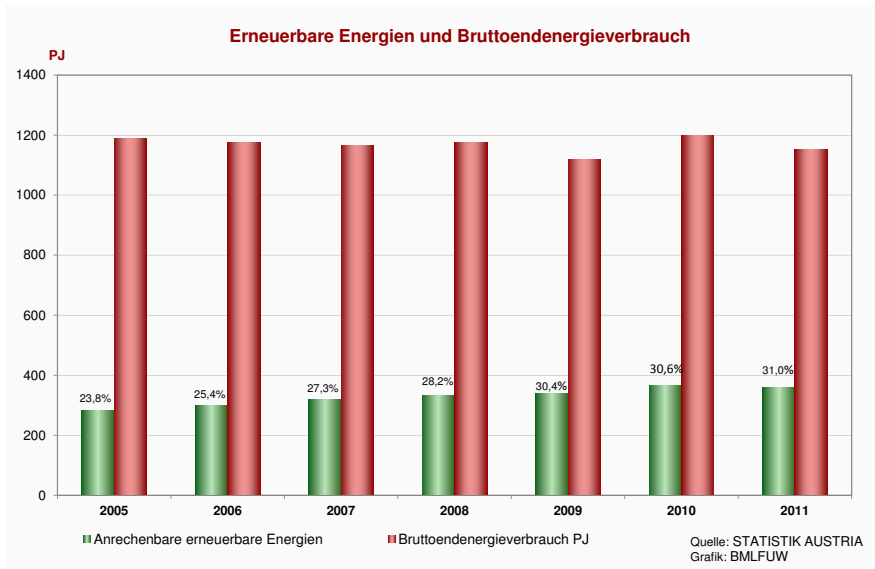
Während das reale BIP seit 1973 um 136,8 % gestiegen ist, nahm der Bruttoinlandsverbrauch an Energie in diesem Zeitraum nur um 55,3 % zu.

Der relative Energieverbrauch (=Energieverbrauch je Einheit des BIP; Energieintensität) nahm somit um mehr als ein Drittel (34,4 %) ab. In der in der Grafik dargestellten Zeitspanne von 1985 bis 2011 fiel die Energieintensität um mehr als ein Fünftel (21,1 %).

Im EU-Vergleich liegt Österreich im Jahr 2010 bei der Energieintensität an sechstbesten Stelle.

Aufgrund der Endenergieeffizienz-Richtlinie (2006/32/EG) vom 5. April 2006 ist Österreich verpflichtet, eine 9 %-ige Verbesserung der Energieeffizienz (Energieintensität) im Jahr 2016 zu erreichen. Nach den festgelegten Berechnungsvorschriften wurden im Energieeffizienz-Aktionsplan für Österreich 80.400TJ als nationaler, genereller Energieeinsparwert und eine Reduktion um 17.900 TJ bis 2010 gegenüber dem jährlichen Durchschnittsverbrauch der Jahre 2001 bis 2005 von 893.406 TJ festgelegt.

Headline-Indikator „Energieflüsse und Stoffströme“



Datenquelle:

Energiebilanzen der Statistik Austria

Definitionen:

Unter dem Begriff „Erneuerbare Energien“ sind subsumiert: erneuerbare, nichtfossile Energieträger (Wind, Sonne, Erd- und Umgebungswärme, Wasserkraft, Biomasse, Abfall mit hohem biogenen Anteil, Deponiegas, Klärgas und Biogas).

Der „Brutto-Endenergieverbrauch“ setzt sich aus dem Energetischen Endverbrauch, den Eigenverbräuchen der Energieversorger und den Transportverlusten bei Strom und Fernwärme zusammen. Er ist ein von der EU definierter Begriff, der ausschließlich der Berechnung des Anteils der Erneuerbaren Energie dient.

Termingerecht konnte der Europäischen Kommission im Sommer 2011 der innerösterreichisch akkordierte 2. Energieeffizienzaktionsplan (2. NEEAP) übermittelt werden. In diesem zeigt sich, dass das Zwischenziel für das Jahr 2010 in Höhe von 17,9 PJ deutlich übertroffen wurde. Die Einsparungen aus den gemeldeten Maßnahmen ergaben kalkuliert rd. 49,4 PJ (http://www.bmwfj.gv.at/EnergieUndBergbau/Energieversorgung/Documents/2_neeap_Juli%202011_endgültige%20Version.pdf).

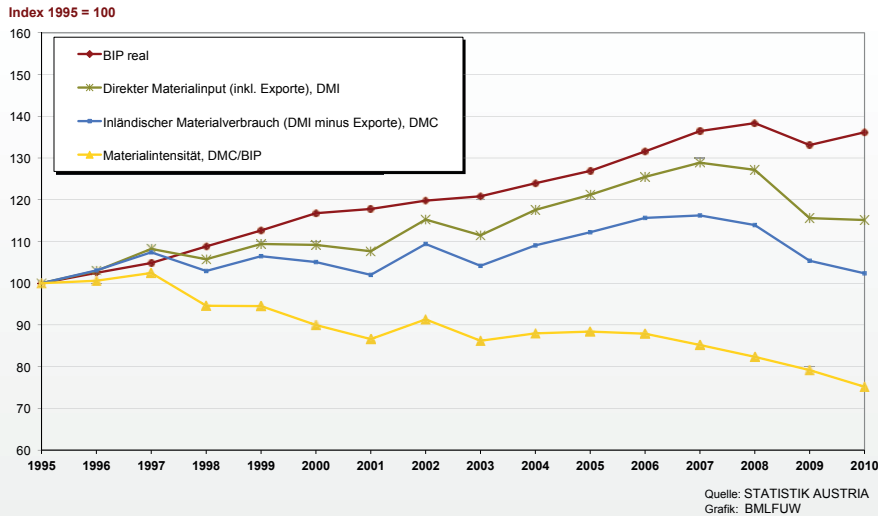
Neben dem effizienten Energieeinsatz kommt im Sinne der Nachhaltigkeit den erneuerbaren Energieträgern in der Energieversorgung besondere Bedeutung zu. Der hohe Stellenwert dieser umweltfreundlichen Energien

in Österreich wird durch ihren Anteil von fast 73 % an der heimischen Energieproduktion bzw. über 26 % am gesamten Bruttoinlandsverbrauch (3.-höchster Anteil innerhalb der EU) verdeutlicht.

Die EU-Richtlinie zur Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (RL 2009/28/EG) gibt für Österreich einen Zielwert für den Anteil dieser Energien von 34 % gemessen am sogenannten „Brutto-Endenergieverbrauch“ für das Jahr 2020 vor. Der Ausgangswert im Jahr 2005 wurde mit 23,8 % ermittelt und konnte in den letzten Jahren kontinuierlich auf mittlerweile 31,0 % im Jahr 2011 ausgebaut werden. Damit ist Österreich auf einem guten Weg, das vorgegebene Ziel zu erreichen.

ES 2 Materialeinsatz (DMC und DMI)

Wirtschaftswachstum, Materialverbrauch und Materialintensität 1995 - 2010



Datenquelle:
Statistik Austria im Auftrag des
Lebensministeriums

Definitionen:
Der Ressourcendurchsatz kann durch
verschiedene Größen aus der Materialflussrech-
nung beschrieben werden, wobei jährlich
Materialflüsse von mineralischen Materialien,
Biomasse und fossilen Materialien erhoben
werden. Die entsprechende Berechnungsmetho-
dik ist international (EUROSTAT) abgestimmt.

Der **Direkte Materialinput (DMI)** setzt sich aus
inländischer Materialentnahme plus Importen
zusammen.

Zieht man von diesem Materialaufkommen die
Exporte ab, so erhält man den **Inländischen
Materialverbrauch (DMC, domestic material
consumption)**. Er stellt die im Inland verbrauchte
Materialmenge dar.

Die Relation des DMC zum weitläufig
verwendeten Indikator für das Wirtschaftswachs-
tum, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die
Materialintensität DMC/BIP, gibt an, wie viele
Materialeinheiten benötigt werden, um eine
Einheit des BIP zu erzeugen.

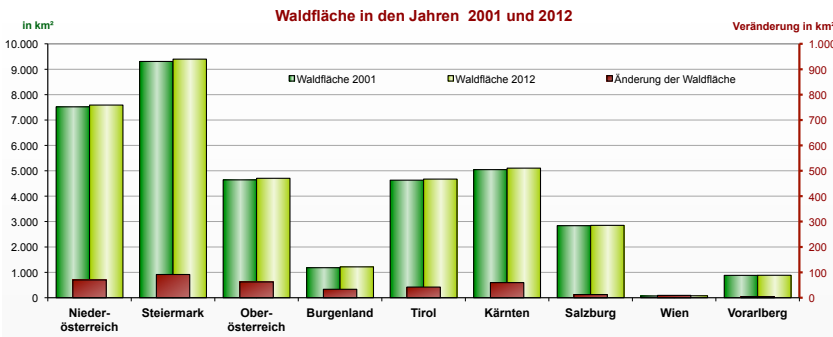
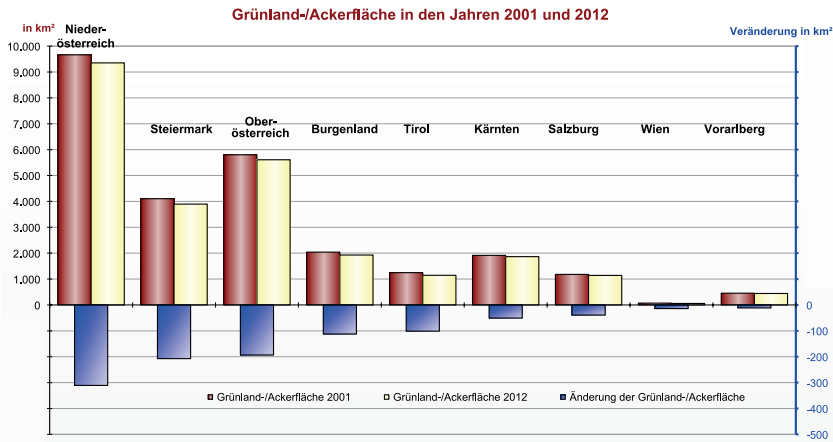
Rund drei Viertel des gesamten Materialumsatzes bestehen aus nicht erneuerbaren Rohstoffen (Kohle, Erdöl, Erdgas, mineralische Materialien). Somit setzt sich der Trend der letzten Jahre fort.

In Österreich ist der Direkte Materialinput (DMI) im Vergleich zwischen 2010 und 1995 um mehr als 15 % angestiegen.

Der inländische Materialverbrauch (DMC) ist ebenfalls gestiegen: im Vergleich zu 1995 hat er 2010 um mehr als 2 % zugenommen.

In diesem Zeitraum ist das Bruttoinlandsprodukt allerdings deutlich stärker gewachsen (um rund 36 %). Die Materialintensität (DMC/BIP) ist somit im gleichen Zeitraum um mehr als 25 % gesunken. Eine Einheit des BIP konnte mit geringerem Materialverbrauch erwirtschaftet werden, womit die Ressourcenproduktivität zugenommen hat. Die Ziele einer Steigerung der Ressourcenproduktivität um den Faktor 4 und der absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauchs wurden aber noch nicht erreicht, da die Ressourcenproduktivitätssteigerungen durch Mengeneffekte überkompensiert wurden.

LA 1a Änderung der Flächennutzung (Wald, Grünland/Acker)



Datenquelle:

Berechnungen des Umweltbundesamtes auf Basis von:
 Flächennutzung: Regionalinformation der Grundstücksdatenbank des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen; Stand der Daten 1.1.2001 bzw. 1.1.2012; GZ: 950/2005 bzw. Ticket 85.412/2012.

Definitionen:

Der Wald ist gleichbedeutend mit der Benützungart Wald.

Grünland/Acker entspricht der Summe der Flächen der Benützungarten landwirtschaftlich genutzte Fläche und Weingärten.

Quelle: BEV, UBA
 Grafik: BMLFUW

LA 1a Änderung der Flächennutzung (Wald, Grünland/Acker)

Im Zeitraum zwischen 2001 und 2012 kam es in Österreich zu einem Verlust an landwirtschaftlicher Fläche von mehr als 1.040 km². Dies entspricht einem täglichen Rückgang von 26 ha/Tag. Noch nicht einberechnet in den Rückgang der landwirtschaftlichen Fläche sind die Verluste von Flächen für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung im alpinen Bereich und für Weingärten. Etwa ein Drittel der landwirtschaftlichen Flächen verwaldet, ungefähr zwei Drittel werden in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt (siehe Indikator BO 1a). Infolge der Verwaldung dieser ehemaligen Landwirtschaftsflächen weist der Wald einen flächenhaften Zuwachs von mehr als 380 km² seit 2001 auf.

Bei der Interpretation der Ergebnisse laut Regionalinformation ist zu beachten, dass eine Aktualisierung nicht laufend, sondern nur im Rahmen von Großprojekten und anlassbezogen erfolgt. Die Regionalinformation zeigt daher über gewisse Zeiträume nicht die reale Situation auf.

In allen Bundesländern ist der Trend des Verlustes an landwirtschaftlichen Böden nachzuweisen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass in den Bundesländern mit einem großen Anteil an Agrarfläche ein hoher absoluter Flächenrückgang festzustellen ist (NÖ: -311 km², St: -207 km² und OÖ: -193 km²). Dieser Rückgang ist aber nicht so dramatisch, wie in Bundesländern mit geringem Anteil an Agrarfläche. Hier sind in erster Linie Wien und Tirol zu erwähnen (W: 57 km² und T: 1.146 km² Agrarfläche), jedoch im Verhältnis dazu sehr hohen Verlusten an landwirtschaftlichen Flächen (W: -14 %, T: -9 %). Inwieweit allerdings speziell in Tirol die Ungenauigkeit der Regionalinformation zum Tragen kommt, kann nicht beurteilt werden.

Vorarlberg stellt eine positive Ausnahme dar. Bei sehr geringem Anteil an Agrarflächen (443 km²) haben keine nennenswerten Verluste an Landwirtschaftsflächen stattgefunden. Die Landwirtschaftsfläche in Vorarlberg dürfte durch bestehende Maßnahmen (Vision Rheintal) gut abgesichert sein.

Der Wald nimmt entsprechend dem langfristigen Trend generell zu. Aus landeskultureller Sicht können sowohl kumulierte Waldverluste in unterbewaldeten Räumen (offene Agrarlandschaften, Siedlungsumland) als auch weitere Zunahmen in Regionen mit bereits sehr hohem Bewaldungsanteil problematisch sein (Verringerung der Funktionserfüllung, Biodiversitätsverluste).

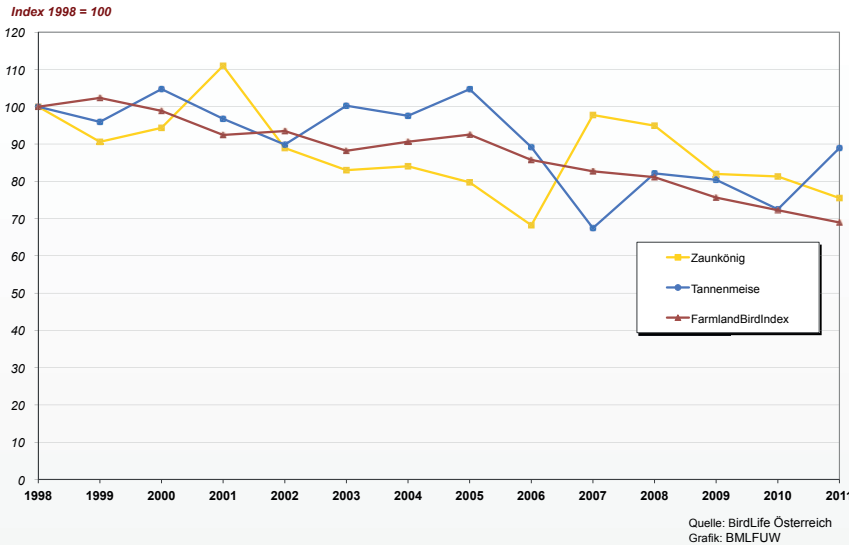
Der prozentuell größte Zuwachs findet in den Bundesländern mit geringer Waldausstattung statt. Nur in der Steiermark, dem walddreichsten Bundesland, sind immer noch relativ hohe Zuwächse zu verzeichnen.

Die Veränderung der Landschaftsnutzung ist nur ein Aspekt unter den die ökologische Wertigkeit der Landschaft beeinflussenden Faktoren.

Zur Schaffung verbesserter Datengrundlagen, u.a. zur Beurteilung der Flächeninanspruchnahme, wird derzeit innerhalb der ÖREK-Partnerschaft „Flächenmonitoring und Flächenmanagement“ die operative Umsetzung der Konzepte aus LISA (Land Information System Austria) vorbereitet. Dies soll innerhalb der nächsten 3 Jahre verbesserte und genauere Daten zur Bodenbedeckung und Landnutzung liefern.

ÖK1 Vogelartengruppen und Orchideen als Zeiger für Lebensraumqualität

Bestandsentwicklung ausgewählter Vogelarten in Österreich von 1998 - 2011



Datenquelle:

„Monitoring der Brutvögel Österreichs“ von BirdLife Österreich

Definitionen:

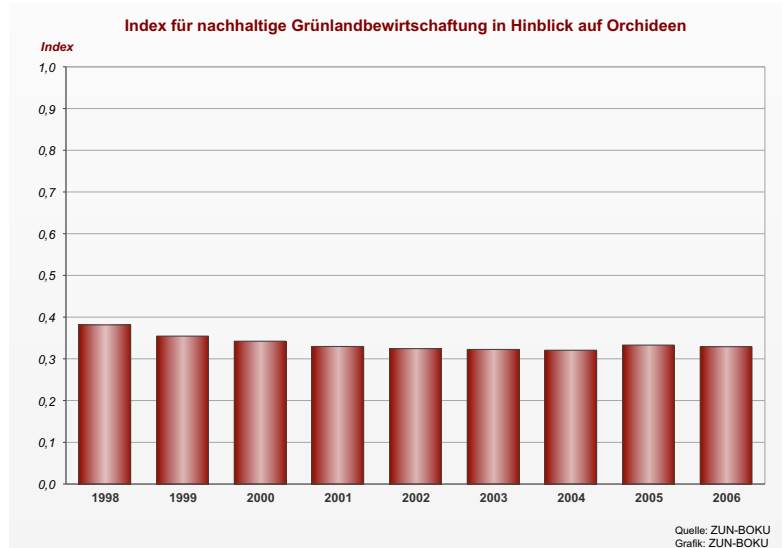
Die Vogelbestände werden durch fachlich gebildete Freiwillige jährlich an festgelegten Strecken erfasst („Citizen Science“). Vergleichbare Programme bestehen heute in vielen europäischen Ländern und auch auf gesamt-europäischer Ebene. Dargestellt sind die Zählungsergebnisse jedes Jahres bezogen auf den Wert des Zähljahres 1998. Dieser wurde gleich 100 gesetzt.

Im FarmlandBirdIndex – einem in den Europäischen Ländern verwendeten Indikator – werden die Bestandstrends von Vogelarten zusammengefasst, die vorwiegend im agrarisch genutzten Kulturland vorkommen und dafür typisch sind. Für Österreich sind dies: Turmfalke, Rebhuhn, Kiebitz, Turteltaube, Wendehals, Feldlerche, Baumpieper, Bergpieper, Braunkehlchen, Schwarzkehlchen, Steinschmätzer, Wacholderdrossel, Sumpfrohrsänger, Dorngrasmücke, Neuntöter, Star, Feldsperling, Girlitz, Stieglitz, Bluthänfling, Goldammer und Graumammer. Ausreichend Daten zu Kulturland in höheren Lagen (Almen) liegen erst ab dem Jahr 2008 vor.

Die Bestände der Vögel des landwirtschaftlich genutzten Kulturlandes haben seit 1998 abgenommen. Auch beim Zaunkönig und bei der Tannenmeise – zwei eher im Wald vorkommenden Arten – ist eine Abnahme zu erkennen. Vögel sind geeignet, Biodiversität auch anderer Organismen-

gruppen abzubilden, und reagieren rasch auf Umweltveränderungen. Der dargestellte Indikator ist bezüglich der ausgewählten Arten (zur Repräsentation aller österreichischen Hauptlebensräume) weiter zu entwickeln. Damit könnte die Interpretation verbessert werden.

ÖK1 Vogelartengruppen und Orchideen als Zeiger für Lebensraumqualität



Offenland-Orchideen sind abhängig von der Art der Landnutzung – zu intensive Bewirtschaftung führt zu einem Rückgang der Populationen genauso wie Aufgabe der Bewirtschaftung. Daher wird der Artenindikator Orchideen in Bezug zu Flächenbewirtschaftung und Maßnahmen im Rahmen des ÖPUL gesetzt.

Der Index für nachhaltige Grünlandbewirtschaftung in Hinblick auf die Ansprüche von Orchideen zeigt österreichweit einen negativen Trend. Das bedeutet, dass durch die Änderungen der Grünlandbewirtschaftung die für Orchideen geeigneten Flächen abnehmen oder sich dadurch die Bedin-

Datenquellen:

Berechnungen des Zentrums für Natur- und Umweltschutz der Universität für Bodenkultur auf Basis von Daten aus CORINE-Landcover 2000 (UMWELTBUNDESAMT) und aus dem Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem INVEKOS (BMLFUW)

Definitionen:

Die Bewertung der Nachhaltigkeit der Bewirtschaftung von Grünland in Hinblick auf Schutz und Förderung von Orchideen erfolgt ähnlich wie bei Expertensystemen auf der Basis von Expertenwissen. Die unterschiedlichen Flächennutzungen und flächenbezogenen Maßnahmen aus dem Österreichischen Agrar-Umweltprogramm (ÖPUL) eines Betriebes werden einer Fuzzy-Bewertung (0 = „sehr schlecht“ bis 1 = „sehr gut“) unterzogen und über ihre Flächenanteile zu einem Gesamtfaktor zusammengesetzt. Durch Zusammenfassung der Werte können Aussagen über das Potential von für Orchideen geeigneten Flächen auf unterschiedlichen Ebenen (Gemeinde, Bezirk, Bundesland, Bundesgebiet) gemacht werden. Seit dem Jahr 2006 werden im Rahmen des Österreichischen Orchideenschutz Netzwerkes (ÖON) von Freiwilligen Zählungen von Orchideen durchgeführt. In Zukunft sollen aus diesen Daten Populationstrends ermittelt werden, mit denen die Bewertungen überprüft und angepasst werden.

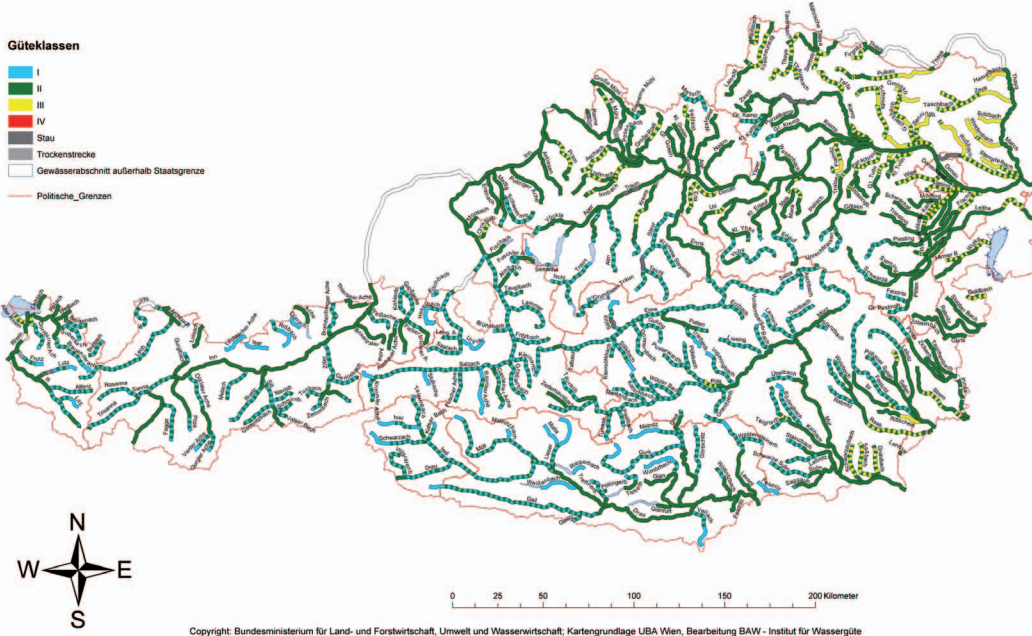
gungen für Orchideen verschlechtern. Das lässt auf einen Rückgang der Orchideen in der Kulturlandschaft schließen. Dies entspricht den Einschätzungen von Orchideen in den Roten Listen und ist auch in der Fachliteratur vielfach dokumentiert. In Zukunft wird dieser Index jedoch auf Grund von Populationstrends, welche aus dem Orchideenmonitoring ermittelt werden, auf regionaler Maßstabsebene überprüft, angepasst und weiter entwickelt.

Die parallele Erfassung und Betrachtung von Vogelarten und Orchideen soll den Zustand der österreichischen Großlebensräume vertieft abbilden.

WA 1a Fließgewässer: Ökologischer und chemischer Zustand

Saprobiologisches Gütebild der Fließgewässer Österreichs 2005

Herausgegeben vom Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft



Datenquelle:

Biologische Gewässergütekarte herausgegeben vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft basierend auf den Länder- und Bundesdaten.

Definitionen:

In Österreich wird bereits seit vielen Jahrzehnten das Saprobien-system zur biologischen Untersuchung und Bewertung von Fließgewässern herangezogen.

Beobachtet wird dabei der Grad des Vorhandenseins oder auch des Fehlens von ausgewählten Zeigerorganismen. Dieser kennzeichnet die Reaktion der Gewässerbiozönose auf bestimmte Belastungszustände und stellt in erster Linie ein Maß für die Belastung des Gewässers mit abbaubaren organischen Stoffen dar.

Anhand dieses Systems können Fließgewässerabschnitte vier (Klasse I-IV) – unter Berücksichtigung der Zwischenstufen sieben – biologischen Gewässergüteklassen zugeordnet werden.

Bereits 1977 wurde Güteklasse II als generelles Güteziel festgelegt (Donau-Verordnung, BGBl. Nr. 210/1977).

Die Einhaltung dieses Gütezieles wird als Indikator für den Zustand der österreichischen Fließgewässer herangezogen.

WA 1a Fließgewässer: Ökologischer und chemischer Zustand

Tabelle: Vergleich der biologischen Gütebilder 1966/71, 1988, 1995, 1998, 2001, 2002/03 und 2005; relative Anteile der Güteklassen am dargestellten Gewässernetz in %.

Saprobiologische Güteklasse	Relative Anteile am Gewässernetz in %						
	1966/71	1988	1995	1998	2001	2002/03	2005
I	15	9	6	7	6	4	4
I-II	18	18	22	23	28	28	35
II	31	39	44	51	53	55	49
II-III	19	21	24	17	12	12	11
III	6	10	4	2	1	1	1
III-IV	6	2	< 1	< 1	0	0	0
IV	5	1	0	0	0	0	0

Der Prozentsatz der im Gütebild 2005 dargestellten Fließgewässer, die nur eine geringe Verschmutzung (Güteklasse I, I-II bzw. II) aufweisen und somit dem Güteziel entsprechen, beträgt 88 %.

Es ist zu betonen, dass dieser – bereits hohe – Prozentsatz nicht als Gesamtbewertung auf das gesamte österreichische Gewässernetz umzulegen ist; da in der Gütekarte 2005 nur die Gewässer mit einem Einzugsgebiet >100 km² und einer Gesamtlänge von 11.500 km dargestellt und ausgewertet wurden. Unter Einbeziehung der zahlreichen kleinen – vor allem alpinen – Gewässer würde sich nämlich der Anteil der dem Güteziel entsprechenden Gewässer noch deutlich erhöhen.

Vergleicht man die derzeitige Situation mit früheren Gütebildern, in denen das österreichische Gewässernetz in vergleichbarem Umfang dargestellt ist (wie z. B. den Gütekarten 1966/71, 1988, 1995, 1998, 2001

und 2002/2003 – siehe Tabelle), so sind die Sanierungserfolge deutlich erkennbar. Der Anteil der Gewässerstrecken, die eine massive Belastung mit leicht abbaubaren organischen Stoffen (Gewässergüteklasse III und schlechter) aufweisen liegt derzeit bei maximal 1 %.

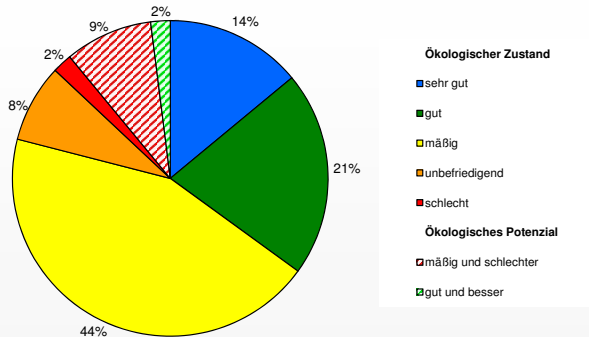
Seit 2007 werden die österreichischen Fließgewässer nach den Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie untersucht: Die natürlichen Gewässer werden hinsichtlich des ökologischen und chemischen Zustandes, die als „erheblich verändert“ oder als „künstlich“ ausgewiesenen Gewässer werden hingegen hinsichtlich des ökologischen Potentials und des chemischen Zustandes bewertet.

2010 wurde der Nationale Gewässerbewirtschaftungsplan veröffentlicht. Für die Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet > 10 km² (Länge des Gewässernetzes ca. 31.000 km) wurde dabei eine Bewertung durchgeführt.

Ökologischer Zustand/ ökologisches Potenzial der Fließgewässer Österreichs

mit Einzugsgebiet > 10 km²

Stand 2009



Quelle: BMLFUW
Grafik: BMLFUW

35 % der österreichischen Fließgewässer entsprechen dem sehr guten bzw. guten ökologischen Zustand. Die Ursachen für die nicht „gute“ Einstufung des ökologischen Zustands liegen in der intensiven Nutzung der Wasserkraft und den umfangreichen Hochwasserschutzmaßnahmen, die zu einer Veränderung der hydromorphologischen Bedingungen und zu einer Zielverfehlung bei 67 % der Fließgewässer geführt haben.

Die stofflichen Belastungen sind vergleichsweise deutlich geringer: organische Belastungen bzw. Nährstoffbelastungen ergaben sich laut Nationalem Gewässerbewirtschaftungsplan 2009 für 18 % der Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet > 10 km². 15 % der Fließgewässer sind stofflich in einem sehr guten Zustand, 55 % in einem guten Zustand. Bei nur 2 % zeigten sich Überschreitungen hinsichtlich der national geregelten Schadstoffe.

Datenquelle:

BMLFUW, Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan 2009; publiziert 2010 (Datenbasis: 2007)

Definition:

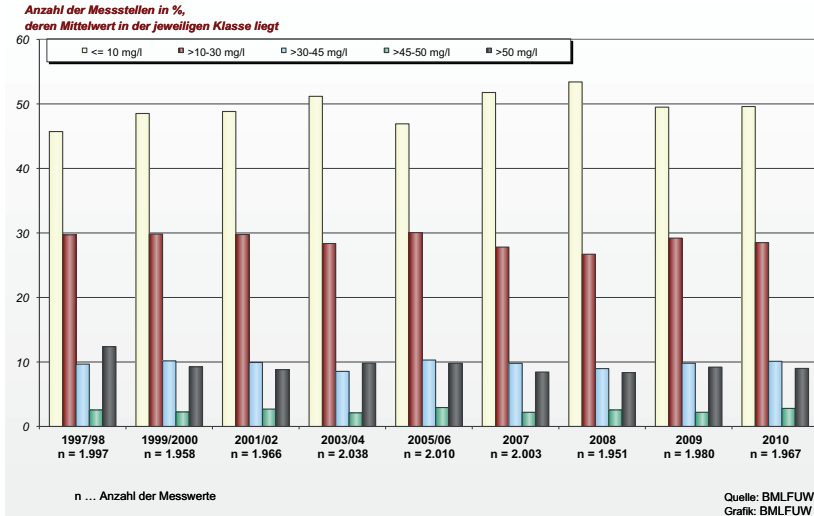
Die Bewertung des Zustandes des Gewässer bezieht sich auf die Qualitätszielverordnung Ökologie (BGBl. Nr. 99/2010) sowie die Qualitätszielverordnung Chemie-Oberflächen-gewässer (BGBl. Nr. 96/2006).

Der gute chemische Zustand, der sich auf die EU-geregelten Schadstoffe bezieht, war bei 99,7 % der österreichischen Fließgewässer gegeben. Nur bei 0,3 % der Fließgewässer war der chemische Zustand „schlechter als gut“ einzustufen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass vor allem bei den kleineren Gewässern unter 100 km² Einzugsgebiet noch zusätzliche Monitoringergebnisse zur Absicherung der Zustandsbewertungen notwendig sind. Nur Zielverfehlungen, die mit hoher Sicherheit nachgewiesen sind, können einen Sanierungsbedarf auslösen.

WA 2 Grundwasserqualität

Entwicklung der Nitratgehalte in Österreichs Grundwässern 1997 - 2010



Datenquelle:

Ergebnisse der staatlichen Wassergüteerhebung gemäß Wasserrechtsgesetz 1959 i.d.g.F. (BMLFUW) bzw. Gewässerzustandsüberwachungsverordnung BGBl Teil II Nr.479/2006 idF Nr. 465/2010.

Definitionen:

Erhöhte **Nitrat**gehalte im Grundwasser sind meist auf intensive landwirtschaftliche Bodennutzung, flächenhafte Belastungen aus Siedlungsgebieten im Falle von undichten Entsorgungssystemen und Senkgruben, ungesicherte Deponien oder Altlasten und den atmosphärischen Eintrag zurückzuführen.

Intensive landwirtschaftliche Bodennutzung auf Standorten mit seichten Böden sind in den meisten Fällen ausschlaggebend für eine Gefährdung von Grundwasserkörpern.

Der Grenzwert für Nitrat bei Trinkwassernutzung liegt bei 50 mg Nitrat pro Liter. Der Vorsorgegrenzwert nach der Qualitätszielverordnung Chemie Grundwasser, BGBl Teil II Nr. 98/2010 liegt bereits bei 45 mg Nitrat pro Liter.

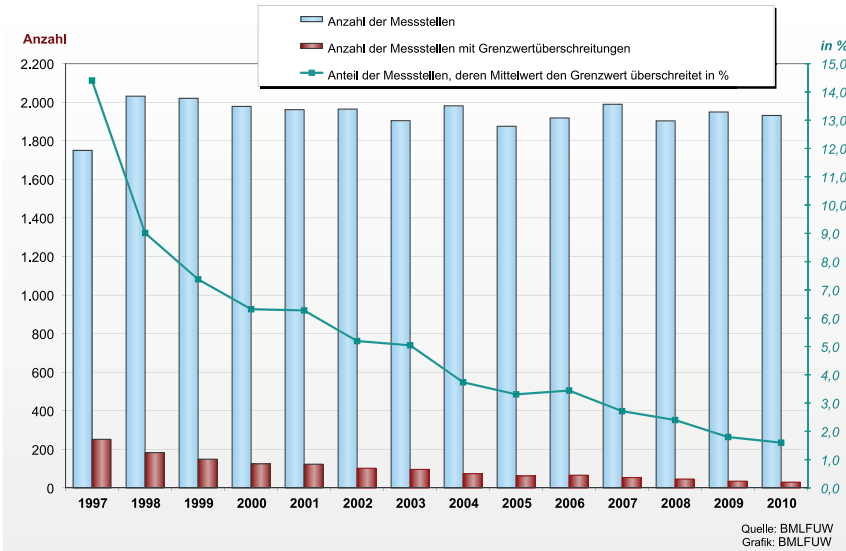
Die Entwicklung der **Nitrat**gehalte in den Grundwässern zeigt seit 1997 eine Abnahme der Belastung mit zum Teil Schwankungen von wenigen Prozent- bzw. Zehntelprozentpunkten, was vermutlich auf natürliche gegenläufige Effekte (Niederschlagsschwankungen, Bodenverhältnisse, Grundwassererneuerungszeit, ...) zurückgeführt werden kann.

Die insgesamt positive Entwicklung ist auf eine Sensibilisierung in der Landwirtschaft für Gewässer schonende Bewirtschaftungsmethoden, auf

Intensivierung der Umweltberatung, auf spezifische Grundwasser schützende Förderungsmaßnahmen, auf eine Erhöhung des Anschlussgrades an zentrale Abwasserentsorgungsanlagen und damit auf den Rückgang des Eintrags von teilweise undichten Senkgruben und letztlich auch auf ein erweitertes Rechtsinstrumentarium zum Schutz des Grundwassers zurückzuführen.

Headline-Indikator „Wasser“

Grenzwertüberschreitungen von Atrazin 1997 - 2010



Datenquelle:

Ergebnisse der staatlichen Wassergüteerhebung gemäß Wasserrechtsgesetz 1959 i.d.g.F. (BMLFUW) bzw. Gewässerzustandsüberwachungsverordnung BGBl Teil II Nr.479/2006 i.d.F. Nr. 465/2010.

Definitionen:

Bis Ende der 1980er Jahre wurde **Atrazin** als Unkrautbekämpfungsmittel in der Landwirtschaft sehr verbreitet eingesetzt. 1995 wurde die Zulassung auf Grund neuer Erkenntnisse in der Humantoxikologie aufgehoben.

Die Grenzwerte für eine Gefährdung des Grundwassers und für die zulässige Belastung des Trinkwassers liegen jeweils bei 0,1 µg/l. Maßgebliche gesetzliche Grundlagen sind die Trinkwasserverordnung nach dem Lebensmittelgesetz, BGBl. Teil II Nr. 304/2001, und die Qualitätszielverordnung Chemie Grundwasser, BGBl Teil II Nr. 98/2010.

Auswertungskriterien gemäß Qualitätszielverordnung Chemie Grundwasser, BGBl Teil II Nr. 98/2010 (§ 10):

Ein Grundwasserkörper wird als Beobachtungsgebiet ausgewiesen, wenn $\geq 30\%$ der Messstellen als gefährdet eingestuft werden, bei $\geq 50\%$ gefährdeten Messstellen liegt ein voraussichtliches Maßnahmengebiet vor. Zudem ist ein Grundwasserkörper als voraussichtliches Maßnahmengebiet einzustufen, wenn ein signifikanter und anhaltender Aufwärtstrend festgestellt wird.

Nach den Bestimmungen der Qualitätszielverordnung Chemie Grundwasser, BGBl II 2010/98, sind 7 Grundwasserkörper mit einer Fläche von 3.589 km² als Beobachtungs- bzw. 5 Grundwasserkörper mit einer Fläche von 3.799 km² als Maßnahmengebiete auszuweisen.

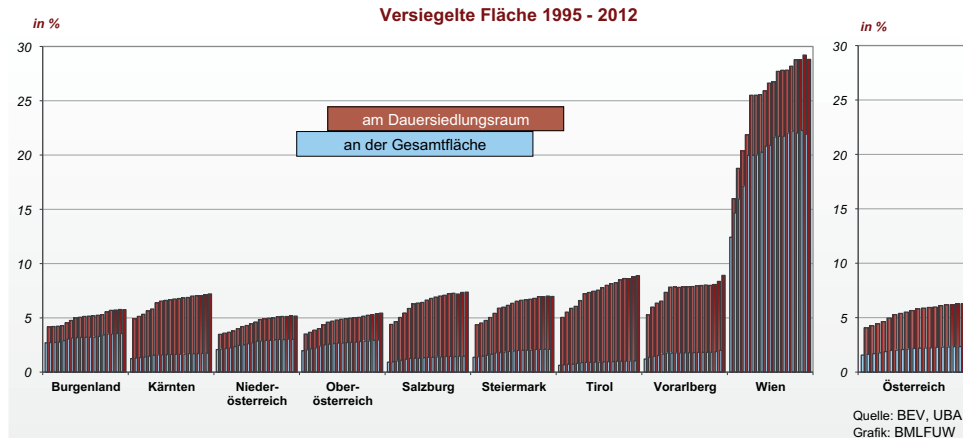
Seit dem Verbot des Einsatzes von **Atrazin** im Jahr 1995 sinken auch die Konzentrationen im Grundwasser kontinuierlich ab. Aktuell treten aber

immer noch an 30 von 1931 bzw. 1,6 % der Messstellen Schwellenwertüberschreitungen auf. Dies ist insbesondere auf die meist sehr langsame Grundwassererneuerung (hohe Grundwasseralter) in einzelnen Grundwasserkörpern zurückzuführen.

WA 2 Grundwasserqualität

Nitrat – Beobachtungs- und Maßnahmensgebiete für Grundwasserkörper (Auswertung 2007-2008)				
Grundwasserkörper und Gruppen von Grundwasserkörpern	Fläche in km ²	gefährdete Messstellen	signifikanter Aufwärtstrend	Status
Burgenland				
Hügelland Rabnitz (einschl. Niederösterreichischer Anteil)	498	≥ 30 %	nein	Beobachtungsgebiet
Parndorfer Platte	254	≥ 50 %	nein	Maßnahmensgebiet
Seewinkel	443	≥ 30 %	nein	Beobachtungsgebiet
Stremtal	50	≥ 30 %	nein	Beobachtungsgebiet
Wulkatal	386	≥ 30 %	ja	Maßnahmensgebiet
Ikvatal	165	≥ 30 %	nein	Beobachtungsgebiet
Niederösterreich				
Marchfeld (einschl. Wiener Anteil)	942	≥ 50 %	ja	Maßnahmensgebiet
Weinviertel (Planungsraum Donau unterhalb Jochenstein)	1347	≥ 30 %	nein	Beobachtungsgebiet
Weinviertel (Planungsraum March)	2008	≥ 30 %	ja	Maßnahmensgebiet
Südl. Wr. Becken-Ostrand (Planungsraum Donau unterhalb Jochenstein)	209	≥ 50 %	nein	Maßnahmensgebiet
Südl. Wr. Becken-Ostrand (Planungsraum Leitha – Raab - Rabnitz)	276	≥ 30 %	nein	Beobachtungsgebiet
Oberösterreich				
Traun – Enns - Platte	810	≥ 30 %	nein	Beobachtungsgebiet
Beobachtungsgebiete gesamt	3589			7
Voraussichtliche Maßnahmensgebiete gesamt	3799			5
Beobachtungs- oder voraussichtliche Maßnahmensgebiete gesamt	7388			12

BO1a Anteil der versiegelten Fläche



Datenquelle:

Berechnungen des Umweltbundesamtes auf Basis von Regionalinformationen der Grundstücksdatenbank des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen; Stand der Daten jeweils 1. 1. des angegebenen Jahres (1995-2012); Abfragedatum: Mai 2012

Definitionen:

Unter **versiegelter Fläche** wird die Summe der Bauflächen (bezüglich der Nutzungen: „Gebäude“ und „befestigt“ zu 100 % und der Nutzung „nicht näher unterschieden“ zu 30 %) sowie der Sonstigen Flächen (bezüglich der Nutzungen „Straßenanlagen“ zu 60 % und der Nutzung „nicht näher unterschieden“ zu 10 %) verstanden.

Die **Gesamtfläche** ist die Summe aus den Flächen aller Benützungsorten.

Der **Dauersiedlungsraum** umfasst die Summe der Flächen der Benützungsorten Baufläche mit allen Nutzungen („Gebäude“, „befestigt“, „begrünt“ und „nicht näher unterschieden“), landwirtschaftlich genutzte Fläche, Gärten, Weingärten sowie der Sonstigen Flächen mit den Nutzungen „Straßenanlagen“, „Bahnanlagen“, „Abbauflächen“ und „nicht näher unterschieden“.

Im Jahr 2012 sind etwa 1.972 km² von Österreich versiegelt. In relativen Zahlen umfasst die versiegelte Fläche Österreichs zwar nur 2,3 % des Staatsgebietes, auf Grund der topografischen Bedingungen ist die Ressource Boden jedoch nur sehr eingeschränkt für Siedlungs- und Verkehrstätigkeit nutzbar. Lediglich 37 % der Gesamtfläche Österreichs stehen als Dauersiedlungsraum für die Nutzungen Landwirtschaft, Siedlung und

Verkehr zur Verfügung. Bezogen auf den Dauersiedlungsraum nehmen die versiegelten Flächen mehr als 6 % ein. Im letzten Jahr gab es einen nur sehr marginalen Anstieg der Versiegelung. Die höchsten Werte des Anteils der versiegelten Fläche am Dauersiedlungsraum erreichen hierbei neben Wien die stark alpin geprägten Bundesländer, wie Vorarlberg und Tirol mit 8,9 % sowie Salzburg und Kärnten mit ca. 7,3 %.

BO1a Anteil der versiegelten Fläche

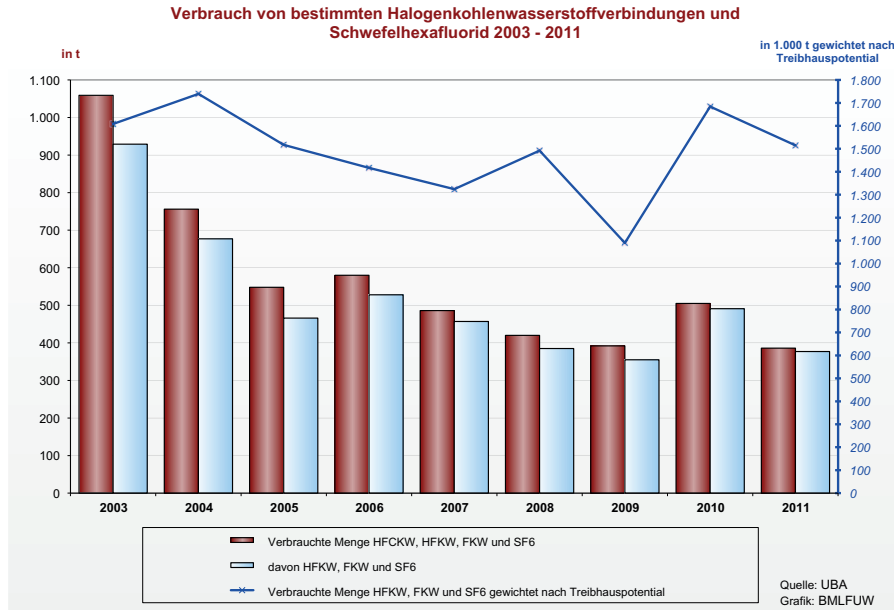
Seit 1995 stieg die versiegelte Fläche österreichweit auf 150 % an. Aus dem Ziel der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie ergibt sich eine beabsichtigte Reduktion der dauerhaft versiegelten Fläche auf 1 Hektar pro Tag für ganz Österreich. Im dreijährigen Schnitt (2009-2012) beläuft sich der Flächenverbrauch auf mehr als 22 ha/Tag, was einer Versiegelung von etwa 7,5 ha/Tag entspricht. Damit liegen die derzeitigen Trends noch um mehr als das Siebenfache über dem Zielwert. Vergleicht man die Dreijahresperiode 2009-2012 mit der Vorperiode 2005-2009, so ist in den Bundesländern Burgenland, Niederösterreich, Salzburg und Wien eine Abschwächung der Verbrauchsrate festzustellen. Die Datenlage ist aber zu unsicher, um einen Zusammenhang mit Maßnahmen zur Eindämmung der Flächeninanspruchnahme abzuleiten.

Der Indikator beschreibt nur den „Bodenverbrauch“ durch Versiegelung, nicht aber durch andere Nutzungen. Um für den „Bodenverbrauch“ in umfassenderer Form Aussagen treffen zu können, bringt der Indikator LA 1a eine Ergänzung.

Zur Schaffung verbesserter Datengrundlagen, u.a. zur Beurteilung der Flächeninanspruchnahme, wird derzeit innerhalb der ÖREK-Partnerschaft „Flächenmonitoring und Flächenmanagement“ die operative Umsetzung der Konzepte aus LISA (Land Information System Austria) vorbereitet. Dies soll innerhalb der nächsten 3 Jahre verbesserte und genauere Daten zur Bodenbedeckung und Landnutzung liefern.

TS 1a Verbrauch bestimmter Stoffe

Datenquelle:
Umweltbundesamt



Die Grafik zeigt die eingesetzte Menge von meldepflichtigen Stoffen, nämlich der Fluor-Gase (HFKW, FKW, SF₆) und der gemeldeten teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffe (HFCKW).

Um die Auswirkungen auf die Umwelt einzubeziehen, wurde für die Fluor-gase auch die mit dem Treibhauspotential der einzelnen Stoffe gewichtete Menge eingetragen.

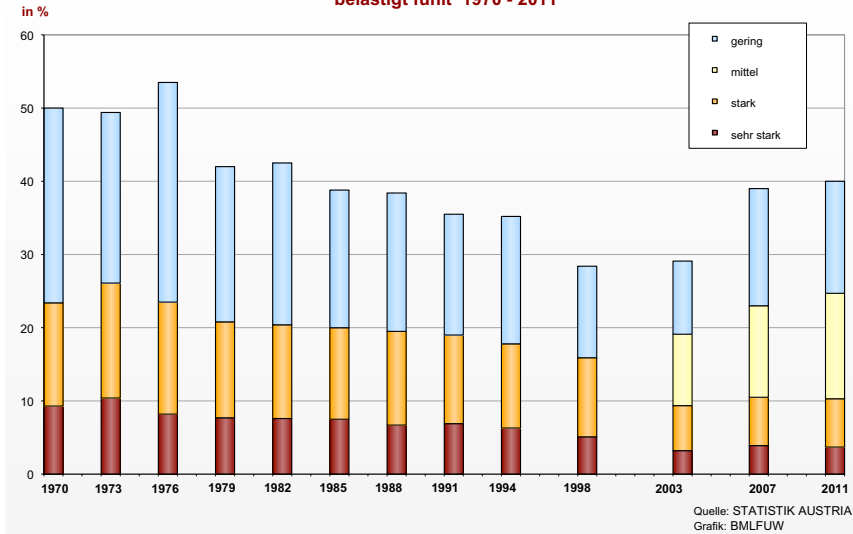
2010 war der Einsatz von SF₆ in Schaltanlagen und von R152a als Treibmittel in Hartschaum hoch. Ab 2011 werden keine HFCKWs als Treibmittel für Hartschaum eingesetzt. 2011 ist die Anzahl der Meldungen auf dem Kältemittelsektor stark angestiegen, woraus scheinbar ein höherer „Verbrauch“ resultiert. Ein tatsächlich höherer Verbrauch gegenüber 2009 ist in der Elektronikindustrie gegeben, da diese durch die Wirtschaftskrise im Jahr 2009 stark betroffen sich aber 2011 wieder erholt hat.

Für Halone, das sind Halogenkohlenwasserstoffverbindungen, die Brom oder Jod enthalten, wurde mit der Halonbankverordnung vom März 2000 ein System geschaffen, das die Sammlung von Halonen organisiert. Jeder Besitzer von Halonen kann diese kostenlos in die Halonbank einspeisen und „kritische Verwender“ können aus der Halonbank ihren Bedarf decken. Die Halonbank dient somit als zentrale Sammel-, Lager- und Verwaltungsstelle und koordiniert die Versorgung der „kritischen Verwendungen“ mit Halonen und unterstützt damit die Vermeidung der Neuproduktion von Halonen.

Zur umfassenden Beschreibung der Auswirkungen des Einsatzes von Chemikalien mittels eines Indikatoren müssten auch andere Stoffe und toxische Wirkungen einbezogen werden.

LÄ 1 Lärmbelästigung

Anteil der Bevölkerung, die sich am Tag und/oder in der Nacht durch Lärm belästigt fühlt 1970 - 2011



Datenquelle:
„Umweltbedingungen, Umweltverhalten, Ergebnisse des Mikrozensus“ der Statistik Austria im Auftrag des BMLFUW

Definition:
In Privathaushalten lebenden Personen im Alter von mindestens 15 Jahren wird die Frage gestellt, ob sie sich in ihrer Wohnung untertags und/oder nachts durch Lärm gestört fühlen.

„gering“ und „mittel“ gestörten Personen ist gestiegen. Dies deutet darauf hin, dass Lärmschutzmaßnahmen vor allem in Zonen mit hoher Lärmbelastung realisiert werden.

Die Erhebungen zeigen für den Anteil der Bevölkerung, der sich durch Lärm gestört fühlt, eine Abnahme von 50,1 % im Jahr 1970 auf 28,3 % im Jahr 1998. Bei einem Vergleich mit den Ergebnissen der ab dem Jahr 2003 durchgeführten Befragung sind gewisse Unterschiede durch die Einführung der Antwortkategorie „mittel“ zu berücksichtigen. Im Jahr 2003 betrug der Prozentsatz der Personen, die angaben, sich durch Lärm belästigt zu fühlen 29,2 %, im Jahr 2011 40,0 %. Vor allem der Anteil der

Insgesamt 61,5 % der 2011 Befragten, die sich durch Lärm belästigt fühlen, geben Straßen-, Schienen- oder Flugverkehr als Lärmquelle an. Straßenverkehr wird dabei am weitaus häufigsten als Ursache genannt. Die Zunahme der durch Verkehrslärm gestörten Personen von 2003 auf 2011 ist jedoch deutlich geringer als die Zunahme der insgesamt durch Lärm gestörten Personen. Besonders stark angestiegen ist der Anteil der durch „andere Quellen“ gestörten Personen.



Die Initiative **GENUSS REGION ÖSTERREICH** hebt gezielt die Bedeutung regionaler Spezialitäten hervor.
www.genuss-region.at



Das Österreichische Umweltzeichen ist Garant für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen.
www.umweltzeichen.at



Die Klimaschutzinitiative des Lebensministeriums für aktiven Klimaschutz.
www.klimaaktiv.at



Österreichs erstes grünes Karriereportal für umweltfreundliche green jobs.
www.green-jobs.at



Ziel der Initiative „Lebensmittel sind kostbar!“ ist es, Lebensmittelabfälle in Österreich nachhaltig zu vermeiden und zu verringern.
www.lebensministerium.at/lebensmittelsindkostbar



Die Kampagne vielfaltleben trägt bei, dass Österreich bei der Artenvielfalt zu den reichsten Ländern Europas gehört.
www.vielfaltleben.at



Informationen zu Landwirtschaft, Wald, Umwelt, Wasser und Lebensmittel.
www.lebensministerium.at



Das Internetportal der Österreichischen Nationalparks.
www.nationalparksaustria.at



Die Jugendplattform zur Bewusstseinsbildung rund ums Wasser.
www.generationblue.at





lebensministerium.at